

Abonnement 30 Pf. monatlich 3.00 Bk. im voraus zahlbar. Postbezug 4.22 Bk. einschließlich 30 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postbezugsgebühren. Auslandabonnentent 6.— Bk. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Beilagen: „Voll und Zeit“ und „Kinderfreund“. Ferner: „Unterhaltung und Witz“, „Frauenstimme“, „Lehrling“, „Witz in die Bücherwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konzeption des „Kleinen Anzeigen“ des langgedruckten Wort 25 Pfennig (einschl. Post) betragende Worte, jedes weitere Wort 12 Pfennig. Einrückungspreis des ersten Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Wenn über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 80 Pfennig. Familienanzeigen Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäftsbüro Lindenstraße 3, wochentags von 9 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Köhlfeld 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Diskontogesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Woldemaras tritt zurück.

Umbildung des litauischen Kabinetts.

Kowno, 19. September.

Sämtliche Minister haben dem Präsidenten der Republik ihre Portefeuilles zur Verfügung gestellt, um ihm die Umbildung des Kabinetts zu ermöglichen. Der Präsident der Republik hat den Rücktritt der Regierung angenommen. Die Minister werden die Geschäfte bis zur Bildung des neuen Kabinetts weiterführen. Mit der Bildung der neuen Regierung wird voraussichtlich Finanzminister Tubelis beauftragt werden.

größtes Aufsehen hervorgerufen. Niemand hat es bis heute für möglich gehalten, daß bei dem überragenden Einfluß des Ministerpräsidenten Woldemaras, der bisher in keiner Weise einträchtig schien, eine so grundlegende Umbildung des Kabinetts Platz greifen könnte. Die Gründe für die Umbildung müssen demnach sehr ernster Natur sein und sind wahrscheinlich in den tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts zu suchen. Die Tatsache, daß der Staatspräsident nicht den bisherigen Ministerpräsidenten mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt hat, läßt die Vermutung zu, daß der Einfluß Woldemaras' stark geschwächt ist. Tubelis gehört der gemäßigten Richtung innerhalb der Litwinen an, als deren geistiger Führer Staatspräsident Smetona gilt.

Diese Nachricht hat — wie die Ill. aus Kowno meldet —

Schwache Regierung in Wien.

Kein Mut gegen die Putschisten.

Wien, 19. September. (Eigenbericht.)

In der Donnerstagstagung des Rechnungsausschusses brachte Dr. Deutsch (Soz.) den „Marxismus“ der Heimwehr zur Sprache. Er erklärte: „Wir Sozialdemokraten sind nicht geneigt, die Artikel der Heimwehrzeitungen allzu ernst zu nehmen. In diesem Maße wird aber offen mit dem Bürgerkrieg gedroht, und wir wissen, daß auch Maßnahmen für den Bürgerkrieg veranfaßt werden. Die Selbsttragenden eines Bürgerkrieges und der Bürgerkriegsdrohungen sind alle Klassen im Staat. Wir richten deshalb an die Regierung die Frage, wie sie sich die Weiterentwicklung vorstellt. Sie muß auch sagen, was sie zu tun gedenkt, um wieder normale Zustände herbeizuführen, und ob sie zum Parlament und zur Verfassung steht und diese wirklich schützen will.“

Witzkanzler Schumy erklärte, er nehme die Heimwehrdrohungen nicht gar zu ernst. Alle Handlungen der Regierung würden auf der Grundlage der bestehenden Gesetze und der bestehenden Verfassung vor sich gehen. Allerdings müsse er auch in aller Offenlichkeit darauf hinweisen, daß die Volksbewegung, die gegenwärtig zu verzeichnen wäre, darauf abzielt, eine Aenderung der Verfassung herbeizuführen.

Er persönlich lehne eine Aenderung der Verfassung ab, wenn sie das demokratische Prinzip beeinträchtigen wolle.

Die Dinge könnten sich gewiß zuspitzen. Aber er wisse, was er zu tun habe, wenn er die Gewißheit habe, daß die Grundzüge der Legalität in Gefahr seien.

Der Sozialdemokrat Dr. Eisler bezeichnete die Erklärungen des Witzkanzlers als sehr schwach und stellte fest, daß der Aufruf der Heimwehr sich vor allem gegen die bürgerlichen Parteien richte.

Der ehemalige Justizminister Dr. Baber (großdeutsch) versuchte ebenfalls, von dem Aufruf abzurücken; wenn auch starke Worte gewählt wurden, so dürfe man nicht gleich dahinter eine Drohung mit dem Bürgerkrieg sehen.

In der sozialdemokratischen Presse wird die Erklärung des Witzkanzlers dahin aufgefaßt, daß er zwar gegen die Drohungen ist, die Regierung aber nicht den Mut hat, irgend etwas zu unternehmen.

Es muß einmal der Schwindel von der „Volksbewegung“ auf reaktionäre Verfassungsänderung ausfließen. Wenn die Provinzadvokaten Seidie und Friemer nach solcher Aenderung schreiben, die hakentkruzierischen Ingenieure der steirischen Eisenhütten — im Sold des reichsdeutschen Stahlwerksverbandes — und andere Akademiker mit dem Bierzips an der Uhr, den Schmitten im Gesicht und dem Bierberg im Leibe dazu Beifall brüllen, die schief- und kommissfreundigen Bauernsöhne mitun und die alten Bauernpolitiker des „Landbundes“ davor umfallen, so ist das noch längst keine Volkswegung und das Geschrei einiger Zeitungen mit geringer Auflage, aber großen Unternehmer-subsidien, Bankpauschalen und geldbringenden Kuppel-inseraten macht auch noch keine Volkswegung. Jede Wahl in Deutschösterreich hat gezeigt — und so sie frei ist, wird sie es auch weiter zeigen —, daß zwei große Parteien fast das ganze Volk umfassen: die Sozialdemokratie und die Christlich-sozialen. Dabei hat die Sozialdemokratie die Mehrheit oder wenigstens den weitaus größten Anteil aller Stimmen in den Gemeinden mit 2000 Einwohnern, die Christlichsozialen sind überwiegend die Partei des Landes. Der großen Masse der Bauern liegt aber gar nichts ferner, als nach Aenderung

einer Verfassung zu schreiben, die das politische Gewicht des Bauerntums ganz gewaltig erhöht hat und unter deren Weitergeltung die Bauern Aussicht haben, die von der Sozialdemokratie geforderte Bodenreform zu bekommen — ebenso wie jetzt die Regierung die sozialdemokratische Forderung nach dem bauernfreundlichen Getreidehandelsmonopol angegriffen hat.

Einer der lautesten Heimwehrschreier ist der 14fache Schloßbesitzer „Fürst“ Starckenberg, ein großmäuliger Feudalsüßling, der als Grande am Kaiserhof die Bauern vor Hochnäsigkeit überhaupt nicht sehen würde, wenn die Revolution nicht diesen Spul verjagt hätte. Die Heimwehrführer, besonders die heimlichen, aber eigentlich maßgebenden, sind sämtlich frühere aktive oder Reserveoffiziere, deren Dünkel und Roheit im Krieg, als sie die Macht hatten, die Bauern noch lange nicht vergessen haben. Nichts wünschen sie weniger als die Wiederkehr dieser Herrlichkeit.

Die Verfassungswünsche der Putschisten.

Man hört, was die kleinste Gruppe des Parlaments, der Landbund, auf Befehl der Heimwehrschreier als Verfassungs-„Reform“ verlangt:

Neben der direkten Wahl des Bundespräsidenten, also nicht mehr durch das Parlament, das Recht für ihn, wenn das Parlament nicht verammelt ist, Gesetze zu erlassen! Das wäre die Wiederkehr des altösterreichischen § 14, der dazu führte, daß man das Parlament auf Jahre ausschaltete, die Gesetze zu dekretieren!

Natürlich wird auch eine — nicht näher bezeichnete — Wahlrechtsänderung, fürs erste die Umwandlung des Bundesrats in ein — Ständehaus gefordert. Wien soll die Selbständigkeit und die Steuerhoheit eines Landes verlieren, seine Steuern sollen eben nicht mehr zur Schaffung von Volkswohnungen, Spende von Säuglingsheimen, zur Förderung der Volksgesundheit, zum Aufbau der neuen Schule, nicht mehr zu all den großen sozialen Werken verwendet werden, für die man das eigenartige Schimpfwort „Marxismus“ erfunden hat. Die weitreichende sozialistische Werbearbeit dieses roten Wiens durch die großen Leistungen seiner sozialistischen Verwaltung zu zerstören, diese lebendige Kraft zu vernichten — das ist der folschische Antrieb des ganzen Heimwehrgeheises und seiner Hintermänner im In- und Ausland!

Ein europäischer Skandal.

Opfer der tschechischen Spionensucht.

Prag, 19. September. (Eigenbericht.)

Vor sechs Monaten wurden der deutschösterreichische Staatsbürger Norbert Böhm und seine Geliebte Grete Steindl, gleichfalls Österreicherin, beim Photographieren des Bahnhofs in Mährisch-Neustadt unter Spionageverdacht verhaftet und in Untersuchungshaft gefaßt, ohne daß bisher eine Anklage erhoben wurde. Dieser Tage wurde Böhm im Hofe des Kreisgerichtsgefängnisses in Olmütz aus geringfügiger Ursache von einem Mithäftling erschlagen. Bei der Nachricht von seinem Tode unternahm seine Geliebte einen Selbstmordversuch. Die österreichischen Behörden haben jetzt auf diplomatischem Wege Aufklärung über den Fall verlangt. Außerdem wird eine Schadenersatzklage gegen den tschechoslowakischen Staat angehängt. Grete Steindl soll dieser Tage auf freien Fuß gesetzt werden.

Die beiden unglücklichen Menschen dürften wahrscheinlich ein halbes Jahr unschuldig in Untersuchungshaft gefesselt haben. Böhm hat dieses Schicksal dazu auch mit dem Tode bezahlen müssen.

Paragraph 4.

Volksbegehren und Reichspräsident.

Es gibt Menschen, die lieber in der Lotterie spielen oder sich an einem Preisausschreiben beteiligen, als daß sie einen Prozeß führen. Ihre Abneigung gegen die Anrufung der Gerichte beruht auf der nicht zu leugnenden Unsicherheit, die mit der Rechtsanwendung verknüpft ist. Ein Richter hält für die Sache, was ein anderer für Pacht erklärt; dem einen scheint ein Kaufvertrag zu sein, was ein anderer für Tausch erachtet. Indessen darf man doch nicht so weit gehen, als das das Rechtsleben beherrschende Prinzip als Axiom des griechischen Philosophen „Alles fließt“ anzusehen. In der rechtlichen Beurteilung sehr vieler Erscheinungen und Tatsachen besteht unter Juristen keine Meinungsverschiedenheit. Wie zum Beispiel die von den deutschnationalen Führern Bruhn und Hugenberg herausgegebenen periodischen Druckschriften unter strafrechtlichen Gesichtspunkten zu würdigen sind, das ist juristisch nicht zweifelhaft. Und ebenso kann von keinem Kenner des Rechtes gelehrt werden, daß der § 4 des Gesetzesentwurfes, dessen Annahme der Hugenbergsche Reichsausschuß dem deutschen Volke empfehlen will, den Reichspräsidenten mit Zuchthausstrafe bedroht.

Dieser § 4 soll lauten:

„Reichskanzler und Reichsminister sowie Bevollmächtigte des Deutschen Reiches, die entgegen der Vorschrift des § 3 Verträge mit auswärtigen Mächten schließen, unterliegen den im § 92 Nr. 3 des StGB. vorgesehenen Strafen.“

Die Strafrechtslehrer sind sich zwar darüber nicht einig, ob der Reichspräsident als Beamter anzusehen ist, daß er aber Bevollmächtigter des Deutschen Reiches ist, kann nur jemand leugnen, dessen Abneigung gegen die Weimarer Verfassung so weit geht, daß er sie nie gelesen hat. Wer auf Grund der Willenserklärung eines anderen an dessen Stelle in eigenem Namen handelt, ist Bevollmächtigter. Die Vertretungsmacht kann auf rechtsgeschäftlicher Bestellung oder auf Geheiß beruhen. Durch die Reichsverfassung sind dem Reichspräsidenten zahlreiche Aufgaben zugewiesen, die er für das deutsche Volk in Ausübung der von diesem ausgehenden Staatsgewalt zu erledigen berufen ist. Dahin gehört z. B. die völkerrechtliche Vertretung des Reiches, die Begnadigung für das Reich, die Ausfertigung und Verkündung der verfassungsmäßig zustande gekommenen Gesetze, die Anordnung von Volksentscheiden, die Auflösung des Reichstags. Der Reichspräsident ist hiernach höchstes Organ des im Staat organisierten Volkes, also dessen Bevollmächtigter. Könnte hieran irgendein Zweifel bestehen, so würde er durch die Tatsache beseitigt werden, daß der Reichspräsident nach Artikel 43 des Grundgesetzes durch Volksabstimmung abgesetzt werden kann. Ein Vertreter, dem die Vertretungsmacht von seinem Auftraggeber entzogen werden darf, kann nichts anderes als ein Bevollmächtigter sein. Der § 4 des Hugenbergschen Gesetzesentwurfes stellt also nicht nur den Reichspräsidenten, sondern auch dem Reichspräsidenten Zuchthausstrafe in Aussicht.

Ist den deutschnationalen Antragstellern diese Konsequenz ihrer Aktion nicht klar geworden? Dies erscheint angesichts der großen Anzahl von hervorragenden Juristen in der Deutschnationalen Partei ausgeschlossen. Da ist der unnachahmliche Herr Coerling, der, wenn das Dichterwort „Ein jeder gibt den Wert sich selbst“ Geltung beanspruchen kann, der bedeutendste aller zurzeit lebenden Rechtsgelahrten ist. Das scheint auch allgemein anerkannt zu werden, denn noch stets, wenn Herr Coerling einen der Unglücklichen, die ihm ihre Vertretung übertragen, verteidigt hat, haben die Richter nach seinem Plädoyer geäußert: „So etwas ist noch nicht dagewesen.“ Da ist Herr Landgerichtsdirektor Lohmann aus Altona; wenn man ihm beisehnet, daß er selten klug ist, macht man sich nur einer geringen Uebertreibung schuldig. Seine geistige Begabung hat seinen Wählern derart imponiert, daß sie ihn bei der letzten Reichstagswahl nicht wieder aufgestellt haben, offenbar deshalb, weil er ihnen für das Parlament zu schade war. Da ist der Geheimrat Justizrat Theodor Wolff, der das Kunststück fertig bekommen hat, nachzuweisen, daß seine Partei aus einem Vertrage, dessen Abschluß ihre Führer leugnen, einen unentzehbaren Anspruch auf vier Ministerposten erlangt hat, und der, wenn er nicht Jurist geworden wäre, als Beamter der Sicherheitspolizei Taten vollbracht haben würde, die seine juristischen Leistungen noch verdunkelt hätten. Mit welcher Sicherheit hat dieser ausgezeichnete Mann festgestellt, daß das Bombenattentat auf das Reichstagsgebäude von Sozialdemokraten begangen worden ist! Sein Verdienst wird selbstverständlich durch den Nachweis nicht verkleinert werden, daß die Attentäter Mitglieder derselben Nationalsozialistischen Partei sind, mit der sich die Deutschnationalen für das Volksbegehren verbunden haben. Auf die Kühnheit allein kommt es an.

Nein, es ist unzweifelhaft, daß die scharfsinnigen und juristisch vorzüglich beratenden Führer der Deutschnationalen Partei die Beziehung der Strafandrohung des § 4 zur Verdon des Reichspräsidenten erkannt, und daraus ist zu folgern, daß sie sie gewollt haben. Aber nicht zu begreifen ist, warum sie

nicht alle mit der gleichen Offenheit wie Herr Bang zugeben, daß sie im Kampf um die Befreiung Deutschlands auch die persönliche Freiheit des Reichspräsidenten nicht respektieren. Mit einem Mangel an Mut kann ihr Zeugnis wohl nicht erklärt werden. Denn ganz abgesehen von ihrem heidenhaften Verhalten in den Revolutionstagen beweist auch ihre völlige Gleichgültigkeit gegen die Väterlichkeit, daß ihnen das Gefühl der Angst fremd ist. Es bleibt also nur die Annahme übrig, daß die Rücksicht auf das hohe Alter des gegenwärtigen Reichspräsidenten sie bestimmt, der Wahrheit die Ehre zu versagen, was diesen Fanatikern der Aufrichtigkeit sicher nicht leicht wird. Aber sie sollten einsehen, daß sie die unmögliche, einschränkende Auslegung ihres Paragraphen 4 um so weniger aufrechterhalten können, als der gegenwärtige Reichspräsident vielleicht einmal einen Nachfolger erhält, der ihnen noch weniger sympathisch sein könnte, als es Hindenburg Herr v. Frentag-Boringhoven ist. Wollen sie dann im Wege eines neuen Volksbegehrens eine Erweiterung des § 4 beantragen? Es hat beinahe den Anschein, daß sie an der einen Volksinitiative genug haben. Vielleicht ist indessen der Reichsausschuß in der Lage, dem § 4, wenn Herr Göbbels es gestattet, einen zweiten Absatz des Inhalts hinzuzufügen: „Auf den gegenwärtigen Reichspräsidenten findet diese Bestimmung keine Anwendung.“ Dann wäre die Sache in Ordnung. Die Deutschnationalen wären aus der nicht gerade angenehmen Situation befreit, den Mann, den sie als den „Reiter“ verherrlicht haben, der schwersten Freiheitsstrafe zu überantworten, und man könnte auch wirklich nicht sagen, daß der zweite Satz ihres § 4 des Verstandes und Sinnes in höherem Maße entbehre als der erste.

Der Dawes-Graf.

Westarp, der „Vorwärts“ und der Dawes-Plan.

Die erste Konsequenz einer Annahme des Hugenberg'schen Volksbegehrens würde sein, daß der Dawes-Plan automatisch weiterläuft. Wir haben diese Konsequenz unterstrichen und dazu geschrieben:

„Der Young-Plan darf nicht in Kraft gesetzt werden, damit der Dawes-Plan in Kraft bleiben kann! Das Räthchen von Heilbronn war ihrem Ritter noch Strahl so treu, wie es die Deutschnationalen dem Dawes-Plan sind.“

Diese Feststellung wie die Erinnerung an die Dawes-Abstimmung ist den Deutschnationalen sehr un bequem, um so mehr, als der Reichsausschuß in einem knallroten Flugblatt „An die deutschen Arbeiter“ den Dawes-Plan in Grund und Boden verdammt. Graf Westarp bemüht sich daher in der „Kreuz-Zeitung“, diese Konsequenz hinwegzudisputieren. Er veröffentlicht einen vier Spalten langen Artikel, dessen Quintessenz lautet: „Die Wahl heißt nicht Dawes-Krise oder Young-Krise, sondern Dames-Krise oder Young-Krise.“ Voraus man entnehmen kann, daß die deutschnationale Politik lediglich auf Krisen und Katastrophen abzielt.

Graf Westarp hat seinen Ausführungen die oben wiedergegebenen Sätze aus dem „Vorwärts“ als „Rotto“ vorangestellt. Vier Spalten vergebliches Bemühen, um eine in vier Zeilen gefasste Wahrheit hinwegzudisputieren!

Wir haben seinerzeit diese Sätze geschrieben, weil eben die Beziehungen der Deutschnationalen zum Dawes-Plan ganz besonderer Art sind. Allein den Deutschnationalen ist die Annahme des Dawes-Planes zu verdanken, und sie sind, wie sie jetzt herausstellt, deswegen enger mit ihm verbunden als jede andere Partei. Wir haben diese Zusammenhänge dargelegt und auf das Abkommen über die vier Ministerfische verwiesen. Graf Westarp hat seinerzeit das Abkommen geleugnet. Wir haben ihn der bewussten Unwahrheit geziehen, wir haben ihn aufgefordert, uns zu verklagen — aber wir haben von Graf Westarp nichts weiter gehört, bis zu der genialen Entdeckung, daß die Alternative nicht Dawes-Plan oder Young-Plan laute, sondern Dames-Krise oder Young-Krise.

Das hätte der Herr Graf kürzer abmachen können! Bieleicht hätte er dann noch Zeit und Raum gefunden, um sich — diesmal wahrheitsgemäß — zu der Frage zu äußern, aus welcher vertragsmäßigen Bindung die Anhänglichkeit der Deutschnationalen an den Dawes-Plan stammt!

Die Renten der Standesherrn.

Der Rechtsausschuß nimmt den Regierungsentwurf an.

Der Reichsausschuß für Rechtspflege setzte gestern die Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Regelung älterer staatlicher Renten fort.

In einer längeren Aussprache zur Geschäftsordnung unternehmen die Deutschnationalen und die Wirtschaftspartei gemeinsam den Versuch, die Vorlage zu verschleppen. Der Antrag der Wirtschaftspartei auf Abbruch der Beratungen wurde jedoch mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei abgelehnt.

Die Vorlage der Regierung wurde im wesentlichen unverändert angenommen.

Der Cliquentkampf in der KPD.

Thälmann stillschweigend versenkt.

Das Organ der Brandler-Gruppe „Gegen den Strom“ schreibt: „Noch vor wenig mehr als einer Woche hat der noch der stillschweigenden Versenkung des „historischen Führers“ Thälmann maßgebende Hermann Remmele mit eiserner Stirn die Cliquentkämpfe im Schoß der „eisernen bolschewistischen Kohorte“ abgelehnt. Jetzt erfahren wir aus zuverlässiger Quelle, daß die führende Garnitur der Berlin-Brandenburger Parteiorganisation, Pleck, Pfeiffer, Beutling, Kasper usw., abgelagt wurde.“

Der bisherige Gewerkschaftsleiter von Berlin, Beutling, arbeitet bereits seit Mittwoch, dem 18. September, im Bund der Freunde der Sowjetunion. Hanschen Pfeiffer, der bisherige Generalsekretär der Berlin-Brandenburger Organisation, soll nach Moskau ins Organisationssekretariat. Pleck soll künftig die Kommunalpolitik der Partei in Berlin machen, während der „Thälmann“ bekannte Gewerkschaftsleiter Walter Ullrich Vol.-Leiter von Berlin werden soll.

Anruhen in Kalto. Vor der Wohnung des Präsidenten der Wald-Partei kam es anlässlich zahlreicher Gerüchte über eine bevorstehende Regierungskrise zu großen Demonstrationen. Die Polizei wurde von den Manifestanten mit Steinen beworfen. Mehrere Beamte wurden verletzt. 13 Personen wurden als Täter verhaftet.

Beschlüsse des sozialen Ausschusses.

Immer noch unklare Lage.

Dem sozialen Reichsausschuß lagen bei seinem Wiederzusammentritt am Donnerstag die beiden Gesetzesvorlagen der Reichsregierung zur Arbeitslosenversicherung vor. Die Gliederung ist derart, daß die meisten der umstrittenen Fragen in ein befristetes Sondergesetz verlegt worden sind. Zu einer Reihe von Beschlüssen des Reichsrats hat die Reichsregierung Doppelvorlagen gemacht.

Graf Westarp (Dnat.) und Rädcl (Komm.) versuchten zunächst, der Weiterberatung geschäftsordnungsmäßige Schwierigkeiten zu machen, blieben aber in der Abstimmung in der Minderheit. Ein kommunistischer Antrag auf Verlegung wurde gleichfalls abgelehnt.

Zur Tragung der Kosten für die Spruchkammern hatte der Reichsrat eine Neuregelung beschlossen, durch die die Reichsanstalt finanziell belastet wird. Der Reichsausschuß beschloß mit Mehrheit die Regierungsvorlage.

Zu § 36, in dem das Vorschlagsrecht zur Selbstverwaltung geregelt wird, hatte der Reichsrat einschränkende Bestimmungen beschlossen. Abg. Gerlach (Soz.) begründet einen Antrag auf Wiederherstellung des Reichsausschußbeschlusses. Der Antrag wird jedoch abgelehnt, da die bürgerlichen Abgeordneten dagegen stimmen und die Kommunisten sich enthalten. Die Angelegenheit der Arbeitgeber für die besetzten Stellen hatte der Reichsrat gestrichen. Die Sozialdemokratie beantragte Wiederherstellung des gestrichenen Paragraphen 65a, wird jedoch überstimmt. Auch hier enthalten sich die Kommunisten der Stimme. Damit ist die von Arbeitgeberseite heftig bekämpfte Meldepflicht im Ausschuß endgültig gefallen.

Die im Reichsausschuß erreichten Verbesserungen hinsichtlich der Lehrlinge sind im Reichsrat ebenfalls beseitigt worden. Der Reichsausschuß beschließt die Wiederherstellung seiner früheren Beschlüsse. Bei der Feststellung des Begriffes geringfügiger Beschäftigung wird der sozialdemokratische Verbesserungsantrag wiederum gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Ebenso finden die sozialdemokratischen Anträge auf Milderung der Bestimmungen über die Sperrfristen keine Mehrheit. Dagegen wird die vom Reichsrat beschlossene Verschärfung der Sperrfristen abgelehnt.

Ein neuer § 107a ist ebenfalls vom Reichsrat geschaffen worden und bezweckt die Kürzung von Unterstützungen, die den Lohn überschneiden. Abg. Jansche (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag auf Streichung, da die unterste Lohnklasse der Arbeitslosenversicherung in jedem Falle als das Existenzminimum aufrechterhalten bleiben muß. Der Antrag wird abgelehnt.

Hinsichtlich der Wartezeit wird die vom Reichsrat vorgeschlagene Verlängerung abgelehnt. Da aber die Mehrheit gleichzeitig beschließt, die geltenden Bestimmungen zu ändern, so bleibt hier eine Lücke in der Vorlage.

Hinsichtlich der Anrechnung von Sozialrenten,

Wartegeld usw. auf die Arbeitslosenunterstützung kommt ebenfalls über den neuen § 112a in der Gesamtabstimmung kein Beschluß zustande.

Die vom Reichsrat beschlossene Verschlechterung hinsichtlich der Berechnung der Gemeinden mit der Reichsanstalt wird abgelehnt.

Die Bestimmungen über Strafen gegen Arbeitgeber werden wiederum gegen die Kommunisten beschlossen.

Im übrigen wird die Hauptvorlage nach mehrstündiger Beratung verabschiedet. In den wesentlichen Streitpunkten dieser Vorlage sind teils keine Beschlüsse zustande gekommen, teils gegen die Sozialdemokratie.

Die Beratung der befristeten Sondervorlage soll nach der Zusammenkunft des Plenums des Reichstags im Ausschuß erfolgen. Der Vorsitzende wird ermächtigt, den Termin zu bestimmen.

Unternehmer für Leistungsabbau.

Köln, 19. September.

Der Düsseldorf-Industrietagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie ging heute in Levertufen eine besonders stark besuchte Präsidial- und Vorstandssitzung unter dem Vorsitz von Geheimrat Prof. Dr. Dr. Duisberg voraus. Eingehend beschäftigte sich der Vorstand mit der Form der Arbeitslosenversicherung.

Der Reichsverband ist mit der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände der Meinung, daß, ohne berechnete soziale Gesichtspunkte zu vernachlässigen, eine finanzielle Sanierung der Reichsanstalt für Arbeitslosigkeit auch möglich ist, wenn eine Erhöhung der Beiträge vermieden wird. Darüber hinaus betonte der Vorstand, daß es unbedingt notwendig sei, die Arbeitslosenversicherung in einer Form durchzuführen, die eine Belastung des Reichshaushalts ausschließt. Sei in besonderen Fällen ein Darlehen nicht zu vermeiden, so müsse die Reichsregierung durch Herabsetzung der Leistungen für alsbaldige Deckung sorgen. Der Vorstand des Reichsverbandes sehe in der Art, in der bisher die Reform der Arbeitslosenversicherung behandelt worden sei, einen außerordentlich schweren Fehler, der zu den schlimmsten Folgen führen müsse. Obwohl es schon vor Monaten klar gewesen sei, daß die Arbeitslosenversicherung in formeller und materieller Hinsicht geändert werden könne, sei es bis heute noch nicht gelungen, dem Parlament eine Regierungsvorlage zuzustellen, für die die Regierung in allen Punkten die Verantwortung zu übernehmen gewillt sei. Der Reichsverband fordert daher im Interesse der Gesamtwirtschaft mit größter Beschleunigung eine Reform der Arbeitslosenversicherung, die ihre Durchführung ohne Beitragserhöhung irgendwelcher Art und ohne die Heranziehung öffentlicher Mittel gewährleistet und Mißbräuche ausschließt.

Revisionschlacht in Genf.

Die Revisionsgegner schweigen. — Ein Unterausschuß eingesetzt.

W. Schw., Genf, 19. September. (Eigenbericht.)

Nachdem es in zweitägigen Verhandlungen gelungen waren, den chinesischen Antrag auf Behandlung des Revisionsartikels 19 der Völkerbundscharta durch den Keilsteinenausschuß hindurchzubringen, wurde er heute unter großer Spannung im Verfassungsausschuß besprochen. Der Vertreter Chinas wies auf die ungleichen Friedensverträge hin und empfahl die Einsetzung einer fünfköpfigen Kommission zur Ausarbeitung des in der Völkerbundscharta vorgesehenen Revisionsverfahrens. Der deutsche Vertreter Koch-Weser unterstützte den Antrag. Es sei die logische Konsequenz, daß in demselben Grade wie der Krieg abgebrochen werde, friedliche Mittel zur Aenderung von Verträgen ausgearbeitet würden. Deutschland sei nicht für einen konservativen, sondern für den evolutionären Pazifismus.

In der weiteren Debatte schwiegen die Revisionsgegner vollständig. Man sah den Rumänen Titulescu wutentbrannt den Saal verlassen.

Zum Worte meldeten sich die außereuropäischen, dem Imperialisismus ausgeprägten Nationen,

wie Persien, Haiti, Äthiopien. Auch Australien sprach zugunsten des chinesischen Antrages. Unter äußerster Aufmerksamkeit erklärte der ausgezeichnete belgische Jurist Henry Rolin, Mitglied der belgischen Sozialistischen Partei, er habe mit vollständiger Ruhe den chinesischen Antrag zur Kenntnis genommen, dies um so mehr, als die belgische Regierung mit China bereits Reparationsverhandlungen geführt habe. Der Artikel 19 sei ein wesentlicher Bestandteil der Völkerbundscharta. Glücklicherweise sei er ebenso wenig wie der Sanktionsartikel 16 bisher angewendet worden, aber dies nur, weil sich keine Gelegenheit dazu geboten habe. Rolin brachte nun eine Entschlebung ein, wonach jedes Mitglied des Völkerbundes das Recht hat, die Aufmerksamkeit der Versammlung auf einen unanwendbar gewordenen Vertrag zu lenken, und die Versammlung daraufhin, wenn sie die Forderung für ernsthaft begründet hält, sie der zuständigen Kommission überweisen kann.

Im Namen Großbritanniens setzte sich der Arbeitertag. Professor Baker grundsätzlich für die chinesische Initiative ein.

Der Revisionsartikel der Völkerbundscharta entspreche einer Notwendigkeit des internationalen Lebens. Die Verfassungsgeber konnten den Artikel nicht vorsichtiger abfassen als sie getan haben, und zweifellos steht er im Anfang einer langen Entwicklung. Wenn die Mehrheit der Kommission dafür sei, werde er den chinesischen Antrag unterstützen, sonst sei er für die Einsetzung eines Unterausschusses und genaue Formulierung des Antrages Rolin. Der Vertreter Ungarns unterstützte den chinesischen Antrag, wobei er offener sagte, daß der Artikel 19 die moralische Basis — also der Grund — für den Eintritt Ungarns in den Völkerbund gewesen sei.

Dem Chinesen fiel es schwer, auf seinen Antrag zu verzichten. Er gab sich aber mit der Einsetzung des Unterausschusses zufrieden.

Nachdem auf die zweimalige Frage des holländischen Vorsitzenden Limburg kein einziger Staat sich gegen die Einsetzung einer Unterausschusses ausgesprochen hatte, wurde so beschlossen. Dieser Kommission gehören Koch-Weser, Baker und Rolin und der Italiener Ploeti an. Die Beratung des Unterausschusses beginnt Freitag früh.

Die Abrüstung in der Sadgasse.

W. Schw., Genf, 19. September. (Eigenbericht.)

Im Abrüstungsausschuß begründete Lord Robert Cecil den Antrag, die Vorkonferenz zu beauftragen, ihre Arbeiten auf die Beschränkung der Reserven und des Kriegsmaterials umzustellen. Er lehnte die von der französischen Presse propagierte These, man dürfe dem Vorbereitenden Abrüstungsausschuß keine Vorschriften machen, ab. Es sei gerade die Aufgabe, der Völkerbundsversammlung eine Direktive zu geben. Die Mehrheit der Völker wolle nur eine wirkliche Abrüstung. Die Abrüstung sei aus wirtschaftlichen Gründen erforderlich; sie werde in den Friedensverträgen gefordert und sei der einzige direkte und absolute Schutz gegen den Krieg. Seit 1927 habe man zwar Sicherungen für den Frieden geschaffen, aber nichts für eine direkte Abrüstung getan. Besonders scharf wandte sich Cecil gegen den Versuch, die Kriegsmaterialbeschränkung zugunsten einer bloßen Veröffentlichung der Ausgaben für Kriegsmaterial fallen zu lassen. Das heiße,

dem Volk Steine für Brot

geben. England sei bereit, an der Schaffung einer internationalen Kontrollinstanz mitzuarbeiten. Es hoffe, daß Frankreich und das französische Volk ihre Mitarbeit an einer wirklichen Abrüstung um so weniger verweigern, als Frankreich seinerzeit die Abrüstungskommission gefordert habe und Frankreich als Locarno-Macht an einer der besten Vorbedingungen für die Abrüstung beteiligt sei.

Der holländische Vorsitzende der Vorkonferenz, Loudon, derselbe, der auf der letzten Tagung die Forderungen der sozialistischen Internationalen entgegengenommen hatte, begrüßte die Rückkehr Cecils, bedauerte aber die Aenderung der Politik, da man doch durch gegenseitiges Nachgeben auf dem Wege der Einigung — d. h. des Verzichtes auf Abrüstung — gewesen sei. Der Franzose Massigli bejahte den Vorschlag, auf die Möglichkeit eines englischen Regierungswechsels anzuspielen: Er erklärte, die französische Regierung könne nicht einsehen, weshalb man die Beschlüsse der Vorbereitenden Abrüstungskommission jetzt noch einmal revidieren solle. Es wäre nicht angängig, daß man, wenn in einem Lande die Regierung wechselte, aufs neue mit den Arbeiten beginne. Die Beschlüsse, die die Abrüstungskommission seinerzeit gefaßt hätte, seien einstimmig zustande gekommen, und es bestünde daher kein Anlaß, jetzt auf die Dinge wieder zurückzukommen. Es sei notwendig, daß alle Regierungen mit Loyalität an dem Problem der Abrüstung zusammenarbeiteten. (Sehr richtig! Und nichts ist illegaler als das Verhalten der jetzigen französischen Regierung in der Abrüstungsfrage! Red. d. V.)

Graf Bernstorff forderte mit absoluter Entschiedenheit wie wenig Aussicht auf Erfolg die Revision der bisherigen Arbeiten der Konferenz. Er erinnerte daran, daß er in der letzten Tagung des Vorbereitungs-Ausschusses jede Verantwortung für die Beschlüsse der Mehrheit abgelehnt habe. Gegenüber der von dem französischen Vertreter aufgestellten Behauptung, daß in dem Ausschuß Einstimmigkeit geherrscht habe, betonte Bernstorff,

keine einzige wichtige Entscheidung einstimmig gefaßt worden sei. Würde man die Beschlüsse der Mehrheit des Vorbereitungs-Ausschusses durchführen und den Abrüstungsentwurf in

feiner jetzigen Form annehmen, so bedeute das keinen ersten Abrüstungsschritt, sondern den Abschluß eines zehnjährigen Abkommens auf gegenseitige Unterstützung gegen die Abrüstung. Bernstorff erinnerte schließlich an die deutschen Forderungen in der Reserve- und Kriegsmaterialfrage. Deutschland verlange nicht die Abschaffung der Reserve, sondern nur ihre Verrechnung. Es werde jeden Antrag, der einen wirklichen Fortschritt für die Abrüstung bedeute, unterstützen, und sei insoweit durchaus bereit, die englische Entscheidung anzunehmen.

Die — am Freitag weitergehende — Diskussion zeigte nur von neuem, daß man sich auf falschem Wege befindet, wenn man das Abrüstungsproblem auf einmal als ein Ganzes anpacken will. Obwohl durch die englisch-amerikanischen Verhandlungen die Seeabrüstung aus der Genfer Diskussion abgespalten wurde, bieten Land- und Luftabrüstung eine solche Anzahl von Widerständen von Seiten des Militärs, des Rüstungskapitals und aller derjenigen, die in der allgemeinen Dienstpflicht eine unbedingte Notwendigkeit sehen, daß nichts anderes übrigbleiben wird, als die Friedensoffensive nicht auf einmal gegen alle Rüstungen, sondern zuerst auf einzelne Rüstungsarten zu richten.

Großbritannien unterzeichnet die Schiedspflicht.

W. Schw. Genf, 19. September. (Eigenbericht.)

Heute nachmittag unterzeichneten der britische Außenminister Henderson im Namen Groß-Britanniens und nach ihm die Vertreter der britischen Dominien, Irlands, Neuseelands, Südafrikas und Indiens die Fakultativklausel über die Schiedspflicht. Die Delegationen der beiden Bundesstaaten Kanada und Australien hatten eine Instruktion noch nicht erhalten. Die britische Unterschrift gilt für 10 Jahre und gilt weiter, wenn sie nicht gekündigt wird. Sie umfaßt nicht Streitigkeiten, die aus Angelegenheiten vor der Unterzeichnung entstanden sind. Das englische Parlament wird diese Unterzeichnung zu ratifizieren haben.

Außerdem haben heute Frankreich, die Tschechoslowakei und Peru unterzeichnet unter gleichem Vorbehalt wie England und natürlich der Ratifizierung durch ihr Parlament. England und die Dominien schlossen alle Konflikte untereinander aus. Frankreich und die Tschechoslowakei gaben eine fast wörtlich gleichlautende Erklärung ab.

Neuwahlen zum Haager Gerichtshof.

Genf, 19. September. (Eigenbericht.)

Die Vollversammlung des Völkerbundes nahm am Donnerstagnachmittag die von verschiedenen Kommissionen inzwischen fertiggestellten Berichte in der Ausschussfassung an. Sie wählte ferner den englischen Kronanwalt Cecil Hurst mit 40 und den französischen Regierungsanwalt Fromageot mit 37 Stimmen zu Richtern des Internationalen Gerichtshofes.

Der Völkerbunds rat beschloß am Donnerstag die direkten Verhandlungen zwischen Ungarn und Rumänien über die Optantenfrage unter dem Vorsitz Hendersons fortführen zu lassen.

Hamkens Geständnis.

Sein Rechtsvertreter demontiert — die Polizei erklärt.

Mitona, 19. September. (Eigenbericht.)

Der Rechtsvertreter des in Haft befindlichen Vandalführers Hamkens hat am Donnerstag behauptet, daß sein Klient eine Beteiligung an den Bombenattentaten nach wie vor entschieden bestreitet. Er habe überhaupt nie ein Geständnis abgelegt.

Das Polizeipräsidium Mitona erklärt dazu: Wir haben niemals behauptet, daß der Vandalführer Hamkens die Täterchaft oder Mitäterchaft bei einem Bombenattentate gestanden hätte. Die Mitteilung, die wir veröffentlichten, lautete wie folgt: „Der im Zusammenhang mit den Sprengstoffanschlägen verhaftete Vandalführer Wilhelm Hamkens hat seine Mitwisserschaft bei den Bombenanschlägen eingestanden. Die Zeitung „Das Vandal“ hatte bisher jeden Zusammenhang zwischen Hamkens und den Attentaten entschieden bestritten.“ Diese Mitteilung entspricht in jeder Hinsicht den Tatsachen. Hamkens hat vor dem Berliner Kriminalrat Weigel zugegeben, daß er von den Vorgängen Kenntnis hatte. Er fügte wörtlich hinzu: „Nicht nur ich mußte es, sondern alle Dithmarschen Bauern. Wenn Sie alle Mitwisser verhaften wollen, müssen Sie ganz Dithmarschen festnehmen.“

Die politischen Verteidiger der Verbrecher bemühen sich, den Eindruck der Geständnisse abzuschwächen. Die „Deutsche Zeitung“ bestreitet die Dreifaltigkeit, zu behaupten, es sei zweifelhaft, ob die Polizei auch nur einen einzigen der wirklichen Täter dingfest gemacht habe. Sie spricht von Rechtsbruch, von Tschamethoden und Willkür.

Die Hugenberg-Presse, die zunächst von den „Freiern“ abgerückt war, jehundiert.

Morgen wird diese Presse erzählen, die Bombenattentäter seien ebenso nationale Männer wie die Fememörder, und übermorgen wird sie ein lautes Geschrei anheben. Umne stie für die Bombenverbrecher!

Schon jetzt beginnt die wülfeste Hebe gegen das Gericht. Mit dieser Haltung ist der Beweis für die Gesinnungsgemeinschaft der „Deutschen Zeitung“ und der Hugenberg-Presse mit den Bombenverbrechern geliefert.

Dreifles Verbrecherpaß.

Die Herren Bombenwerfer und ihre Strafanzeigen.

Seitdem die Polizeiaktion gegen die Bombenattentäter erfolgreich war, haben diese großspurig mit Strafanzeigen, Beleidigungsklagen, Beschwerden usw. in der Öffentlichkeit gefuchelt. Die ihre Laten denkende Rechtspreffe hat nicht verfehlt, jeden einzelnen dieser Schritte in sensationeller Aufmachung anzukündigen, obwohl der normale Menschenverstand sofort einseh, daß es sich hier lediglich

um Verzweiflungsgesten der Erkappten ohne jede Spur von realer Aussicht

handelte. Mit besonderem Aplomb hat die Rechtspreffe jüngst eine Strafanzeige gegen den Polizeipräsidenten Eggerstedt von Mitona bekanntgegeben, die der Rechtsanwalt des verhafteten Gastwirts Bengelacht wegen „Freiheitsberaubung“ erstattet hat, weil sein Klient — angeblich im Widerspruch zu § 128 der Strafprozessordnung — nicht sofort nach seiner Verhaftung dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden sei.

Nun bestimmen allerdings — in England nämlich — die Habeas-Corpus-Akte, daß jeder Verhaftete innerhalb 24 Stunden dem Richter vorgeführt ist. Die deutsche Gesetzgebung des

Die drohende Heimwehr.



Die Heimwehr: „Holt's mi z'ruck, sunst g'schiacht a Unglück!“
Die Arbeiterschaft: „Ja — dir!“

Marxismus und Quack-schismus.

Der Hausleerer der Nation.

In einer Versammlung in Frankfurt a. M. sprach der deutsche nationale Reichstagsabgeordnete Quack über „Erfüllungspolitik“. Dabei wurde der „Marxismus“ wieder einmal gehörig angeprangert und entkult. Dabei verzapfte er, laut Hugenbergischer Telegraphen-Union, folgende Weisheiten:

„Immer mehr vollziehe sich eine Konzentration der Wirtschaftskraft. Die Großen saugten die Kleinen auf. In rasch steigendem Maße versinke der Mittelstand. Marxismus und Steuerdruck förderten diese Entwicklung mit allen Kräften. Der Marxismus wolle weniger Unternehmungen und eine unterschiedslose Masse von Abhängigen. Darum sei er auch der Feind der Landwirtschaft. Um diese Vernichtung im Innern durchzuführen zu können, treibe der Marxismus eine willenlose Unterwerfungspolitik gegenüber Frankreich. Man könne sagen, daß er eigentlich von Frankreichs Gnade lebe. Für Frankreich sei der Marxismus das Werkzeug, mit dem es Deutschland unter seinem Stiefel halte.“

Der Marxismus sei nichts anderes als ein Instrument der napoleonischen Machtpolitik.

Es handele sich um einen Kampf der Persönlichkeit gegen das furchtbare Zuchthausystem, unter dem das deutsche Volk erliege. Dieser Kampf der Persönlichkeit sei gleichzeitig der Befreiungskampf des deutschen Volkes nach außen. Der Ausdruck des neu erwachten nationalen Willens sei das Volksbegehren.“

Wenn ein Zirkusaffe in einem unbewachten Augenblick eine Geige ergreift und auf eigene Loh die Saiten zu streichen versucht, so kann es ihm verheerlich passieren, auch richtige Töne

aus dem Instrument herauszuloden. Bald erklingt allerdings eine fürchterliche Kalamphonie, die im Gelächter der inzwischen dazugekommenen Wärter untergeht.

Herr Geheimrat Quack hat, ohne es zu wollen, zunächst sehr richtige Gedanken über die Konzentration der Wirtschaftskraft, über das Aufsaugen der Kleinen durch die Großen und über das dadurch verursachte Versinken des Mittelstandes geäußert. Diese anscheinend unbewusste Anklage gegen das Großkapital, gegen die Truste und Kartelle, gegen den verstorbenen Stinnes, gegen die Stahl- und Kohlemagnate Kirdorf und Thyssen und nicht zuletzt gegen den Zeitungs- und Filmkonzerngründer Hugenberg ist um so reizvoller als sie durch die großkapitalistische Hugenberg-Agentur verbreitet wird. Herr Quack hat offenbar gar nicht gemerkt, daß er mit diesen wirtschaftlichen Feststellungen sich zum Propagandisten — marxistischer Erkenntnisse machte, die allerdings zu einer Zeit verkündet wurden, als seine jüdische Großmutter den Großvater nahm.

Er konnte es um so weniger merken, als er offenbar vom Marxismus ebensowenig weiß wie die Zuhörer, denen er die darauffolgenden Gedankengänge zum besten gab. Aber er hat Recht. Auch seine Definition des Marxismus als „Instrument der napoleonischen Machtpolitik“ ist uralt. Lange vor ihm haben nämlich die Sozialistenkresser in Frankreich entdeckt, daß der Marxismus nichts anderes sei, als ein Instrument der Machtpolitik — Bismarcks, als eine teuflische Erfindung des preussischen Militarismus, um das 1871 besiegte Frankreich zu zersetzen und „unter seinem Stiefel zu halten“. Zitate stehen Herrn Quack jederzeit zur Verfügung.

Kaiserreichs hat ober absichtlich dieses englische Grundrecht nicht übernommen, sondern in § 128 der Strafprozessordnung nur bestimmt, daß der Verhaftete „unverzüglich“, das heißt „ohne schuldhaftes Verzögern“, vorgeführt sei. Es ist charakteristisch, daß

die gleichen Rechtsparteien, die diesen Kaufschutzparagraphen kaufen, sich jetzt über ihn beschweren, wo er gegen sie ausschlägt. Es ist wie mit dem Sprengstoffgesetz. Aus hysterischer Anarchistenangst wurde dieses von den Rechtsparteien des Reichstags zur Kaiserzeit gefordert und angenommen; — jetzt verzieht die Rechtspreffe Tränen über die „barbarischen Strafmaße“ des Gesetzes, das allerdings auf gemeinschaftliche Verabredung zur fortgesetzten Begehung von Dynamitattentaten, wie sie im Falle der Holsteiner Bombenattentäter wahrscheinlich vorliegt. Zuchthausstrafe nicht unter zehn Jahren setzt. „Du hast's gewollt, George Dandin!“

Die läppische Strafanzeige gegen den Polizeipräsidenten von Mitona wird gebührend gekennzeichnet durch eine Erklärung des Genossen Eggerstedt, in der ausgeführt wird, daß in den anerkannten Kommentaren zur Strafprozessordnung der Begriff unverzüglich mit „ohne schuldhaftes Zögern“ erklärt werde. Von einem schuldhaften Zögern könne aber bei den schwersten Ermittlungen in der Bombenoffäre seines Erachtens nicht die Rede sein. Er dürfe sich zugleich auf ein

Kammergerichtsurteil vom 24. April 1923

stützen, demzufolge der Polizei eine bestimmte Frist hinsichtlich der Vorführung verhafteter Personen nicht gesetzt werden könne.

Es ist also mit der Strafanzeige nichts! Diese Aktion wie die übrigen Drohungen mit Beleidigungsklagen usw. kennzeichnen die Dreifaltigkeit und Ueberheblichkeit einer gewissen Schicht, die sich einbildet, daß die Strafgesetze nur für das „Arbeiterpaß“ existieren, aber für „nationale Männer“ außer Gültigkeit wären.

Auch er wird wieder frech!

Nach der Verhaftung der Bombenattentäter hatte der Hugenbergische „Total-Anzeiger“ zunächst einen Schwächeanfall erlitten. Er rückte ab, daß die Stuhlweine knachten. Das Hugenberg-Blatt „begrübte es sogar mit außerordentlicher Freude“, daß die Polizei zu Verhaftungen geschritten war. In der juristischen Beilage führte Rechtsanwalt Bloch aus, daß die Polizei bei der Verhaftungsaktion nicht zu zaghaft sein dürfe, und daß es im Wesen der Sache liege, wenn bei einer so groß angelegten Aktion auch einzelne Unschuldige mitverhaftet würden.

Inzwischen hat man sich vom ersten Schrecken erholt und beginnt eine muntere Hebe nicht nur gegen die Polizei, sondern bereits gegen den Untersuchungsrichter, Landgerichtsdirektor Major, dem vorgeworfen wird, daß für ihn die Strafprozessordnung nicht mehr existiere. Dies nämlich, weil der Untersuchungsrichter erklärt hat, nicht länger als 15 Stunden am Tag verhandeln zu können, weshalb er nicht vor Montag zur Bearbeitung der Fälle

Timm und Genossen käme. Das soll nun nach dem „Total-Anzeiger“ eine „unerhörte“ und die Rechte der Angeklagten „aus schwerste beeinträchtigende“ Gesetzesverletzung sein. Es wird dabei verschwiegen, daß gegen die Gruppe Timm längst ein richterlicher Haftbefehl, nämlich des Vernehmungsrichters beim Polizeipräsidium, vorliegt!

Wieder Kriegshandlungen gemeldet.

Diesmal flagt China an.

Peking, 19. September.

Das chinesische Oberkommando aus Chharbin teilt mit, daß eine sowjetische Kavallerieabteilung am Mittwoch in der Nähe von Pogranitschnaja die Grenze überschritten hat. Die russische Kavallerie hat die chinesische Grenzwaache beschossen und sie gezwungen, sich noch weiter zurückzuziehen. Russische Flieger haben auch Erkundungsflüge unternommen und zwei Bomben auf das Hauptquartier der chinesischen Armee in Mulin abgeworfen. Durch die Bombenwürfe geriet ein Eisenbahnzug in Brand, der von chinesischen Truppen geleitet wurde. Nach eingetroffenen Verstärkungen ist es den Chinesen gelungen, die russische Kavalleriestellung zurückzuwerfen. Bei diesem Kampf haben die Russen einen Tunnel unterminiert, der später in die Luft gesprengt wurde. Bei dieser Explosion sind russische und chinesische Soldaten ums Leben gekommen.

Umgekehrt wird gemeldet: Russischer Rückzugebefehl

Tokio, 19. September.

Nach einer Meldung aus Chharbin hat die Verwaltung der chinesischen Ostbahn die Mitteilung erhalten, daß die Sowjettruppen im mandchurischen Abschnitt, die vor einigen Tagen angingen, sich in Richtung auf Dauri und Haranor zurückzuziehen, die Räumung dieses Teils der Linie jetzt so gut wie beendet haben. Ferner wird gemeldet, daß die Sowjettruppen an der Ostgrenze bei Pogranitschnaja vor mehreren Tagen begonnen haben, sich auf Nischol zurückzuziehen. Man glaubt, daß sie Befehl dazu aus Moskau erhalten haben, und daß der Zweck der Bewegung ist, Zusammenstöße mit den Chinesen zu vermeiden.

Macdonald und Snowden Ehrenbürger von London. Die Stadtverwaltung von London hat einstimmig beschlossen Macdonald und Snowden zu Ehrenbürgern der Hauptstadt zu ernennen. Die Ueberreichung der Freibriefe in goldenen Behältern wird demnächst in feierlicher Zeremonie erfolgen. In einer Entschließung der fast durcheinander konservativen Stadtväter wird die Ehrung im Falle des Ministerpräsidenten Macdonald mit seinen Verdiensten um die anglo-amerikanische Verständigung und den Flottenfrieden begründet.

Bürgerliches Korruptionsgeschrei.

Mit kommunistischer Unterstützung.

Ein früheres Direktionsmitglied der Berliner Müllabfuhr A.-G. (Bemag) hat in einem Rundschreiben Stadtrat Wege der Korruption bezichtigt und Stadtrat Reuter dafür verantwortlich gemacht. Die geflügelte Ausbreitung der Angriffe auf den Genossen Reuter ist völlig unberechtigt und skrupellos. Ein kommunistisches Abendblatt benutzte sofort die Gelegenheit, eine der üblischen Stinkbomben auf die Sozialdemokratie zu schleudern. Wir bleiben gegenüber diesen perfiden Angriffen der Kommunisten überaus kalt. Die Leute können uns nur leid tun. Sie haben in der praktischen Arbeit auf der ganzen Linie versagt und stehen nun verlegen mit leeren Händen vor den Wählern. Das städtische Nachrichtenamt teilt folgendes zu der Angelegenheit mit:

Das frühere Direktionsmitglied der Berliner Müllabfuhr A.-G. Friedrich Wilhelm Krüger hat an die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung ein Rundschreiben gerichtet, in dem einem Mitgliede des Magistrats der Vorwurf gemacht wird, betrügerische Handlungen im Geschäftsbereich dieser Gesellschaft gebildet zu haben. Die Berliner Müllabfuhr A.-G. war im Jahre 1923 als eine private Gesellschaft gegründet worden, an der die Stadt Berlin nur zu 25 Proz. beteiligt war. Die städtischen Körperschaften hielten es auf Grund der schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Lage der Stadt und der besonderen Schwierigkeiten im Müllabfuhr-Geschäft gegen Ende der Inflation nicht für zweckmäßig, die Müllbeseitigung im alten Berlin, die früher von der zusammengebrochenen Wirtschaftsgenossenschaft der Hausbesitzer betrieben wurde, in die städtische Verwaltung zu übernehmen. Da die Berliner Müllabfuhr A.-G. mit unzureichendem Kapital arbeitete, ergaben sich im Laufe der Jahre finanzielle Schwierigkeiten, die den Magistrat veranlaßten, Ende 1928 den Dezerenten, Stadtrat Reuter, mit einer Nachprüfung der Verhältnisse zu beauftragen. Es stellte sich heraus, daß ein Teil des Verlagsgeschäftes der Müllabfuhr A.-G. von einer Untergesellschaft betrieben wurde, der Güterverladungs G. m. b. H., deren Anteil sich zum Teil in den Händen der Bemag, zum Teil der Viktoriapark A.-G. (der Inhaberin des Majoritätspakets) und zum Teil des Herrn Direktors Leitow, des Führers der Georg Schulz und des Stadtrats Wege befanden. Herr Stadtrat Wege war als Privataktionär sowohl der Bemag wie der Viktoriapark A.-G. Aufsichtsratsvorsitzender dieser und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Berliner Müllabfuhr A.-G.

Vor der städtischen Dezerent Vorläufe für eine endgültige Regelung der Beziehungen zwischen der Stadt und der Bemag machte, stellte er die Forderung, daß die Anteile dieser Untergesellschaft

restlos von den bisherigen Anteilseignern auf die Bemag übertragen würden. Dieser Forderung wurde nach längeren Verhandlungen Genüge geleistet und im März 1927 die Übertragung durch notariellen Akt vollzogen. Erst nachdem die Verhandlungen über den Erwerb der Aktienmajorität ausgenommen worden, die im Laufe des Sommers 1927 dazu führten, daß die Stadt Majoritätsaktionär der Gesellschaft wurde. Es kann also keine Rede davon sein, daß die Stadt in einer ihr gehörenden Gesellschaft Vorgänge gebildet hat, die zu irgendeiner Kritik herausfordern können. Im übrigen ist bei den Verhandlungen über den Erwerb der Aktienmajorität vereinbart worden, daß die bisherigen Vertreter privater Interessen nicht wieder gewählt werden, sondern bei Ablauf ihrer Wahlperiode turnusgemäß ausschalten.

Kommunistische Stinkbomben.

In einer geradezu perfiden Vorlesung für schamlose Dinge bemühen sich die Kommunisten gegenwärtig, zur Belebung des Wahlkampfes sich mit gewissen Sexualfragen zu beschäftigen. Da ihnen augenscheinlich andere Objekte nicht zu Gebote stehen, schnüffeln sie hinter Sozialdemokraten her in einer Weise, wie sie kaum die Sittlichkeitskämpfer der frühesten Dunkelmännerperiode fertig gebracht haben.

Wir haben nicht die Absicht, ihnen auf diesem Gebiet zu folgen. Wenn aber das kommunistische Zentralblatt in einer Riesenaufmachung davon spricht, daß der sozialdemokratische „Vorsteher des Wohlfahrtsamtes des Bezirks Friedrichshain“ sich des Mißbrauchs schuldig gemacht habe, indem er zu Frauen, die seiner Fürsorge unterstanden, gegen Erhöhung ihrer Unterhaltungsätze geschlechtliche Beziehungen angeknüpft habe, so ist da doppelt auf einmal gelogen. Denn erstens ist der Mann, der so beschuldigt wird, nicht „Vorsteher des Wohlfahrtsamtes des Bezirks Friedrichshain“, sondern ein Bezirkswohlfahrtsvorsteher — ein Einzelner, der dem Informator der „Roten Fahne“, dem Bezirksverordneten Schindler sicher besser bekannt ist als den russischen Dirigenten des Blattes —, zweitens weiß jedermann, daß nicht ein einzelner Bezirksvorsteher die Höhe der Unterhaltungsätze bestimmt, sondern die Wohlfahrtskommission, zu der in diesem Falle auch der kommunistische Bezirksverordnete Schindler gehört. Daß die „Rote Fahne“ die Namen der angeblich mißbrauchten Frauen mit voller Adresse veröffentlicht, gehört auch in das Kapitel besonderer Schamlosigkeit. Im übrigen hat das Bezirksamt Friedrichshain, wie uns mitgeteilt wird, eine Untersuchung in der Angelegenheit eingeleitet und behält sich weitere Schritte vor.

Flugzeugunglück bei Schneidemühl.

Pilot und Fluggast getötet.

Schneidemühl, 19. September.

Heute nachmittag stürzte in Schneidemühl ein Messerschmidt-Lichtflugzeug der Bayerischen Flugwerke A.-G. in Augsburg, das sich auf einem Propagandaflug durch Deutschland befand, bei einem Landungsversuch auf dem Gelände des früheren Albatros-Flugzeugplatzes aus sehr geringer Höhe infolge Ausfalls des Motors ab. Von den beiden Insassen war hauptsächlich D. Hermann (Schneidemühl), einer der ältesten deutschen Flugzeugführer, auf der Stelle tot. Der Pilot Dr. Liebig, der früherer Fluglehrer in Schleißheim war, ist seinen schweren Verletzungen kurze Zeit später im hiesigen Krankenhaus erlegen. Das Flugzeug wurde vollständig zerkümmert.

Dr. Liebig war am Donnerstag um 1/8 Uhr in Danzig aufgestiegen und um 11 Uhr in Schneidemühl gelandet. Er wollte der Kameradschaftlichen Vereinigung der Flieger und Luftschiffer auf seinem Wege nach Berlin einen Besuch abstatten und bei dieser Gelegenheit die Maschine einem Kreise von Interessenten vorführen.

Es wurde in Schneidemühl eine Betriebsstoffmischung aus Benzol und Benzol aufgenommen. Fachleute nehmen an, daß diese Betriebsstoffmischung für den Motor nicht einwandfrei gewesen war, und daß der Unfall aus unregelmäßiges Arbeiten des Motors zurückzuführen ist. Dr. Liebig hatte den Hauptmann Hermann auf dessen Wunsch mitgenommen. Gegen 4 Uhr, als das Flugzeug landen wollte, rutschte es auf dem Flugfeld ab und ließ sich in der geringen Höhe von 15—20 Meter nicht mehr auffangen.

Schweres Flugzeugunglück bei Memel.

Zwei Militärflieger getötet.

Memel, 19. September.

In der Nähe des Gutes Althof bei Memel ist heute dem „Mauerer Dampfboot“ zufolge ein militärisches Militärflugzeug infolge eines Motordefekts abgestürzt. Beim Ausschlag auf der Erde explodierte der Motor und setzte das Flugzeug in Flammen. Die beiden Flieger, Hauptmann Kumschallis und Oberleutnant Medalla, verbrannten.

Wegen Erpressung verurteilt.

Nachspiel zu der Himmelsbach-Affäre.

Vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Mitte begann heute morgen unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Marquardt der Prozeß gegen die Kaufleute Breslauer und Schneider, die bekanntlich in der Himmelsbach-Affäre sowohl die Firma Himmelsbach als auch den Verleger des „Hoymarkt“, Otto Fernbach, zu betrügen versucht haben sollen.

Breslauer, der mehrfach verurteilt ist, hatte die Freundschaft Himmelsbachs und Fernbachs für sich auszunutzen versucht, indem er beiden Parteien vorpiegelte, daß er über den Gegner Material besitze. Breslauer hat aber von beiden Parteien Geld erhalten. Er und Schneider sind deshalb wegen Urkundenfälschung, gemeinsamen Betruges und versuchter Erpressung angeklagt. Bekanntlich hatten Breslauer und Schneider über diese Betrügereien hinaus auch noch dem Verleger Fernbach die eidesstattliche Erklärung gegeben, daß Kommerzienrat Himmelsbach, der Seniorchef der Firma, einen „Mordanschlag“ gegen Fernbach angezettelt habe.

Unter Berücksichtigung der Verschuldung der Angeklagten und des ungewöhnlichen Risikos, auf dem die strafbaren Handlungen aufgebaut sind, beantragte der Staatsanwalt, da beide Parteien den Angeklagten ihren Beitrag nicht allzu schwer gemacht hätten, gegen den Angeklagten Breslauer wegen versuchter Erpressung eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten und wegen Betruges und Urkundenfälschung eine Gefängnisstrafe von 5 Monaten, die in eine Gesamtstrafe von sechs Monaten umzuwandeln seien. Gegen den Angeklagten Schneider beantragte der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten.

Nach langer Beratung verurteilte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Marquardt, folgendes Urteil: Der Angeklagte Breslauer wird wegen versuchter Erpressung zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten verurteilt. Der Angeklagte Schneider wird freigesprochen.

Der Mädchenschreck von Potsdam.

Missetaten eines Soldaten.

Große Beunruhigung verursachten im Frühjahr dieses Jahres zahlreiche Überfälle, die in Potsdam auf junge Mädchen verübt wurden. Bornehmlich waren es Hausangestellte und Bertäufelinnen, die von einem Manne hinterrücks überfallen, geohrfeigt und zu Boden geworfen wurden.

Eines Nachts hörte ein Reichsmehrfachad Hilferufe und Schreien aus der Kapellenbergstraße. Im selben Augenblick kam ein junger Mann angelaufen. Als der Soldat ihn fragte, was da los sei, rief der Mann: Laß das Mädchen doch brüllen! Was geht's mich an. Er versuchte, über einen Zaun zu klettern. Man verhaftete ihn. In der Kapellenbergstraße fand man eine Köchin blutend auf der Straße liegen. Der Verhaftete, der 24jährige Schornsteiniegelfelle Alfred W. aus Potsdam, hatte die Köchin hinterrücks überfallen, ihr mehrere Schläge auf den Kopf gegeben und dann die Halbbewußtlose im Bogen auf das Strohpflaster geschleudert. Damit nicht genug, erbielt das Mädchen von dem Unhold noch Fußtritte. Alle vorhergehenden Überfälle kamen auf das Konto des Verhafteten. Einem Mädchen hatte er eine Wunde am Oberarm beigebracht, eine andere erhielt auch Hiebe über den Kopf usw. In einer Nacht fanden drei Mädchen auf alleingehenden Mädchen statt. Das sexuelle Moment schaltete jedoch bei den Überfällen aus.

Kunmehr hatte sich W. vor dem Potsdamer Schöffengericht wegen gefährlicher Körperverletzung mittels hinterlistigen Überfalls und tätlicher Beleidigung zu verantworten. Der Angeklagte ist verheiratet und sein Eheleben durchaus normal. Gericht und Psychiatrer standen vor einem Rätsel. Der Angeklagte entschuldigte sein Vergehen damit, daß es ihm ein Vergnügen bereitet habe, alleingehenden Mädchen einen Schreck einzujagen. Der Anklagevertreter Staatsanwaltschaftsrat Koether geißelte in scharfen Worten diese Überfälle. Er führte aus: Unsere Frauen und Töchter, ob sie aus eleganten Theatern, aus Bureau

oder vom Kochherd kommen, müssen vor solchen nächtlichen Elementen geschützt werden und das Gericht kann sie nur schützen, wenn man solchen Rohlings eine exemplarische Strafe gibt. Er beantragte insgesamt ein Jahr vier Monate Gefängnis. Das Urteil erging auf acht Monate Gefängnis, wovon vier Monate verbüßt werden müssen. Für den Rest wurde Bewährungsfrist auf drei Jahre zugewilligt unter Zahlung von 100 Mark Buße an die Gerichtskasse. Die Psychiatrer des Potsdamer Gerichts standen also vor einem Rätsel. Wirklich? Uns will es scheinen, als ob die sexuelle Grundlage der Überfälle ziemlich deutlich erkennbar ist.

Neuer Ausbruch des Mont Pélé.

Bisher keine Menschenopfer zu beklagen.

Paris, 19. September.

Nach Meldungen aus der französischen Kolonie Martinique ist der Vulkan Mont Pélé plötzlich in Tätigkeit getreten.

Die letzten Nachrichten lauteten außerordentlich beunruhigend. Die atmosphärischen Bedingungen sind die gleichen, wie in den Jahren 1902/03 beim letzten großen Ausbruch, der Tausenden von Menschen das Leben kostete. Die Bewohner der am meisten bedrohten Gegenden haben Befehl erhalten, sich nach dem Hauptort der Kolonie, dem Fort de France, zu begeben. Der Ausbruch vollzieht sich ruhig, obwohl der Vulkan eine erhöhte Tätigkeit zeigt.

Verluste an Menschenleben sind bisher nicht bekannt geworden.

Fabrikbrand in Bauhen.

In den Linke-Hofmann-Busch-Werken.

Bauhen, 19. September.

Im alten Modell-Bagerschuppen der Linke-Hofmann-Busch-Wagenfabrik brach ein großes Feuer aus. Der Schuppen mit seinen vielen Modellen verbrannte in kurzer Zeit. Das Feuer griff auch auf das Gebäude der Einfuhrabteilung des Wertes über, aus dem zwar vieles gerettet werden konnte, wo aber im ersten Stock trotzdem noch wertvolles Material, vor allem Zeichnungen und Pläne, dem Brand zum Opfer fielen. Den zahlreichen Wehrern, die ihr Wasser der Spree entnehmen mußten, gelang es, dem Feuer Einhalt zu gebieten, bevor es das neue Modellager erreicht hatte. Der Schaden ist erheblich, aber durch Versicherung gedeckt.

Bauunglück in Oesterreich.

Ein Arbeiter tot, mehrere Verletzte.

Wien, 19. September.

In Gallspach in Oberösterreich hat sich auf einem Neubau, den der durch seine elektromagnetischen und radioaktiven Auren bekannte Wunderdoktor Zeileis ausführen ließ, ein schweres Bauunglück ereignet. Aus unbekannter Ursache stürzte das 8 1/2 Meter hohe Baugerüst in einer Länge von 35 Metern zusammen und beugte mehrere Arbeiter. Ein Arbeiter wurde getötet, zwei schwer und mehrere leicht verletzt.

Ueber die Ursache des Einsturzes konnte bisher nichts Genaueres festgestellt werden.

Die Berliner Konditoren-Messe findet auch in diesem Jahr wieder in den Gemäueren des Zoo, und zwar bis zum 20. September statt. Es ist aber nicht, wie das Publikum vielfach glaubt, eine Ausstellung der Konditoren und ihrer Erzeugnisse, sondern eine Ausstellung für Konditoren. Die Messe ist wieder sehr reich besetzt. Besonders groß ist die Auswahl in Teigführ- und Sahneschlagmaschinen und in Groß-Kaffeemaschinen. Unter den letzteren sieht man solche, die in der Stunde bis zu 600 Tassen Kaffee brühen können. Dem Fachmann wird ein neuartiges Tortenmesser interessieren. Eine Berliner Konditorenfabrik stellt ihre süßesten Trümpfe aus. Auch die Berliner Städtischen Gaswerke haben ausgestellt. Backfett und Eier werden vielfach angeboten. Mühlenfabriken empfehlen sich zur Vermahlung. Kurz und gut, es ist alles das da, was ein Konditor und ein Cafetier in seinem Betrieb braucht. Der Besuch an den beiden ersten Tagen war über Erwarten gut. Auch die Proving ist sehr gut vertreten. Der Zoo aber sollte an solchen Tagen liberaler sein und die Besucher der Messe nicht von dem Besuch des Zoo dadurch abstrahieren, daß er von jedem, der in den Zoo will, auch noch 1,50 M. verlangt. Solche Eintrittsprüfe schreien geradezu nach einem Volkstierpark.

Wegen Sittlichkeitsvergehen an kleinen Mädchen wurde ein 52 Jahre alter Mann aus der Straußberger Straße von der Kriminalpolizei festgenommen. Die Prozeduren eines Kindes, das er mit Schokolade belächelt hatte, führte auf seine Spur. Der Mann ist verheiratet und Vater zweier erwachsener Kinder. Er gibt die Verletzungen zu, behauptet aber, es müsse sich dabei um erbliche Belastung handeln. Er wird dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden, da ihm mehrere Fälle einwandfrei nachgewiesen sind.

Dr. Edener ist Donnerstag nachmittag wieder in Friedrichshagen eingetroffen.

Kommunistisches Orchester. Übungsstunde haben Freitag 20 1/2 Uhr im Rudolph-Haus, 119 (Restaurant zum Sängerkreis). Dirigent: Erich Gutzeit. Streicher und Bläser willkommen.

Funkwinkel.

In Stelle des Chansons mit der feingekliffenen oder auch groß zugehauenen erotischen Pointe ist der Song getreten, der weit über die erotische Sphäre hinausreicht, der gewissermaßen alle Dinge des Lebens umfassen möchte, grotesk parodierend oder melancholisch untermalend. Song, das ist in erster Linie Rhythmus, gestrafft hämmern. Song heißt die Abendveranstaltung der Berliner Funktunde, bei der sich der Breslauer Intendant Bischoff den Berliner als Regisseur vorstellt. Es ist keine Vortragsfolge mit Nummern, sondern eine Art von Funkmontage. Songs werden ihren Stimmungsgehalt, ihren Rhythmus, manchmal auch ihren Botschaftsgehalt nach, miteinander zu einem laufenden Band verknüpft. Manchmal erklingt Abenteuerliches, manchmal Groteskes, manchmal Trauriges und manchmal Befinnliches. Verse von Keiner, Brecht, Tucholsky und Schmal, Muff von Wall oder Wildt bilden den Rohstoff der Montage, der Bischoff eine zwingende Form gibt. Als Intermezzo „Musik in Harlem“, der Negerstadt in New York, ein paar Verse, die das traurige Los der Ausgestoßenen behandeln, umspielt vom Jazz, der Schöpfung des Regers, in der Interpretation des prächtigen Raul Whitman. Song, das ist ein Stück modernen Lebens, und diesen Eindruck hinterläßt die Veranstaltung. Das Schallplattenkonzert am Nachmittag bringt dramatische Szenen und Arien von Wagner und Verdi. Allerdings handelt es sich nicht immer um Dramen, denn das zweite Aktfinale, oder das Duett aus den Meistersingern sind überhaupt nicht dramatisch empfunden. Reichlich war hier die Reue der Blatte entschuldiger als ihr Gehalt. F. S.



„Wie denken Sie über Kaffee Hag? Mein Arzt empfiehlt ihn mir, schmeckt er denn?“
„Aber ganz vorzüglich! Er ist ja bester Bohnenkaffee, dem das Coffein entzogen ist. Ich trinke ihn seit langer Zeit, und Sie sehen, wie frisch ich dreinschaue. Keine Spur von Zerstretheit und Schlaflosigkeit mehr.“
„Dann will ich doch dem Rat des Arztes folgen.“
„Unbedingt, es ist Ihr Vorteil. Vollendeter Kaffeegetreue und Schonung der Nerven, Anregung ohne Aufregung — was wollen Sie mehr?“

Aus der Partei.

Zwei Parteitage von größerer Bedeutung lagen im Oktober. Am 5. und 6. in Lodz der Vereinigungstages der deutschen Sozialdemokraten Pommerns, Kongresspolens und Ostpreußens; diesem Kongress kommt für die Arbeiterbewegung Polens große Wichtigkeit zu. Am 8. Oktober tritt in Wien der Parteitag zusammen, der sich vor allem mit den Heimwehrdrohungen und der reaktionären Verfassungstampa beschäftigt, aber auch ein Bodenreformprogramm aufstellen wird.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Eintragungen für diese Rubrik sind bei der Bezirksleitung, Berlin SW 68, Lindenstraße 4, zu richten.

Fürsorgerinnen und Fürsorger!

Sonnabend, den 21. September 1929: Befichtigung der Schafarm Insel Schatzberg. Treffpunkt: 2.30 Uhr pünktlich Endhaltestelle der Straßenbahnlinie 28 Tegeler. — Fahrverbindung: Untergrundbahn bis Seestraße, von dort mit der Straßenbahnlinie 28 bis Endhaltestelle. Regte Beteiligung wird erwartet.

1. Kreis Wedding, Sonnabend, 21. September, 19 Uhr, Kreisversammlung bei Wende, Solanderstr. 147.
2. Kreis Kreuzberg, Kommunale Kommission, Arbeiterwohlfahrt und Frauenhilfe, Freitag, 27. September, 19 1/2 Uhr, bei Rabe, Röhrestr. 26, Vortrag: Jugendfürsorge, Jugendpflege und Bildungsreisen. Referent: Emil Dittmer.
3. Kreis Spandau und Charlottenburg, Juristische Sprechstunde am Sonnabend, dem 21. September, 17-18 Uhr, im Jugendheim Postenstr. 4, Gegenwart zum Kirchenantritt!
4. Kreis Prenzlau, Deutscher, Freitag, 20. September, 19 1/2 Uhr, Sitzung des Arbeiter-Kaufmanns mit dem engeren Vorstand und den Abteilungsleitern im Vereinslokal.
5. Kreis Prenzlau, Deutscher, Freitag, 20. September, pünktlich 19 1/2 Uhr, bei Riendel, Mariendorfer, Chausseestr. 19, Kreisvorstandssitzung. Die Sitzung um pünktliches Erscheinen, da das Zimmer getüncht werden muß.

Heute, Freitag, 20. September:

13. Kd. Wädung, Arbeitervereinsrat, Kreisleiter müssen von der Expedition Joseph, Wilhelmshagenstr. 48, zur Vorbereitung abgeholt werden. Die für Sonntag, 22. September, angelegte Demonstration in Spandau fällt aus.
14. Kd. Wir beteiligen uns an der Flugblätterverbreitung der Freidenker. Die Flugblätter haben die Flugblätter von Wiesendort, Urbanstr. 8, ab.
15. Kd. Arbeitervereinsrat, Freitag, 20. September, pünktlich 19 1/2 Uhr, bei Riendel, Mariendorfer, Chausseestr. 19, Kreisvorstandssitzung. Die Sitzung um pünktliches Erscheinen, da das Zimmer getüncht werden muß.
16. Kd. Arbeitervereinsrat, Freitag, 20. September, pünktlich 19 1/2 Uhr, bei Riendel, Mariendorfer, Chausseestr. 19, Kreisvorstandssitzung. Die Sitzung um pünktliches Erscheinen, da das Zimmer getüncht werden muß.

Morgen, Sonnabend, 21. September:

11. Kd. Sonnabend und Sonntag Flugblätterverteilung von Ferner, Beerkowstraße 21, aus. Die Bezirksleiter nehmen das Material schon am Sonnabend in Empfang und rechnen bestimmt bis zum 21. September mit dem Genossen Wieders ab.
12. Kd. Flugblätterverteilung des Arbeitervereins. Die Bezirksleiter holen die Flugblätter um 17 Uhr von Gerlach, bis Genossen um 18 Uhr von den Arbeitervereinsrat ab. Alle Genossen müssen zur Stelle sein.
13. Kd. 20 Uhr bei Erdlich, Kubische Ecke Traefner Straße, Funktionärsversammlung mit den Kreisbelegten. Pünktlich erscheinen.

Bei Kopf- und Nervenschmerzen

sowie bei Rheuma, Gicht, Ischias u. Erschlaffungskrankheiten, haben sich Logal-Tabletten hervorragend bewährt. Logal kann mit vollem Vertrauen genommen werden. Mehrere hundert Ärzte betonen neben prompter Wirkung besonders die Unschädlichkeit des Logal und über 5000 Ärzte haben sich l. notariell. bestätigt, anerkennend über Logal geäußert! Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt. In all. Apoth. Wt. 1.40. 0.46 Chin. 12.6 Lith. 74.3 Acid. acet. sal. ad 100 Amyl.

20. Kd. 19 1/2 Uhr wichtiger Sitzung der Funktionäre mit den Kreisbelegten bei Burg, Wendenauer Wde.
21. Kd. 17 Uhr treffen sich sämtliche Genossen in ihren Wohnbezirken zur wichtigen Flugblätterverteilung.
22. Kd. Flugblätterverteilung von den Arbeitervereinsrat aus. Die Bezirksleiter holen die Flugblätter am Freitag, 20. September, 17 Uhr, von Rapp, Wendenauer Wde.
23. Kd. Charlottenburg, 20 Uhr bei Colper, Gurtelstr. 1, Funktionärsversammlung. Referent: Ernst Bergmann.
24. Kd. Prenzlau, 20 Uhr Arbeitervereinsrat im Lokal Wille, Köpenicker Straße (gegenüber dem Friedhof), Vortrag: Die Baugeräte des Arbeitervereins. Referent: Ernst Bergmann.
25. Kd. Kd. Freitag, 20. September, 18 1/2 Uhr, im Jugendheim Postenstr. 4, Kreisvorstandssitzung. Die Sitzung um pünktliches Erscheinen, da das Zimmer getüncht werden muß.
26. Kd. 20 Uhr im Lokal Wille, Köpenicker Straße, Kreisvorstandssitzung. Die Sitzung um pünktliches Erscheinen, da das Zimmer getüncht werden muß.
27. Kd. 20 Uhr im Lokal Wille, Köpenicker Straße, Kreisvorstandssitzung. Die Sitzung um pünktliches Erscheinen, da das Zimmer getüncht werden muß.

Sonntag, 22. September:

3. Kd. Abendfeier in den Kammerschiffen, Andreasstr. 21, Reaktionen: Alfred Beiler, Referent: Eugen Bräuer, W. 3. 2. Kurzweilige Vorlesungen, Gefangenenrat des Brand-Glück, Beginn 18 Uhr. Einleitungsrede 18 1/2 Uhr, anschließend Tanz. Gölle willkommen.
37. Kd. 9 Uhr bei Wieders, Chausseestr. 1, Funktionärsversammlung mit den Kreisbelegten. Es darf keine Verspätungen sein. Wichtige Fragen kommen zur Verhandlung.

Jungsozialisten.

Die Konferenz der Berlin-Brandenburgischen Jungsozialisten findet am 21. und 22. September 1929 in der Jugendherberge Bobitz bei Eberswalde statt. Sonnabend, 21. September, 19 1/2 Uhr, Referat des Genossen Seigemüller über „Die Aufgaben der Jungsozialisten“. Sonntag, 22. September, 10 Uhr, arbeitsmäßige Besprechung über die Arbeit. Der Tag für die Teilnehmer fährt am Sonnabend um 17 1/2 Uhr vom Schillerpark, Treffpunkt dort, um 17 1/2 Uhr. Jede Gruppe entsendet zwei Delegierte.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Kate Rollen Wilmersdorf, Gruppe Friedrich Ober, Gruppenabend Freitag, 20. September, 18 Uhr, im Jugendheim, Einleitung der Arbeit. Jedes Komitee kommt pünktlich. Sonntag, 22. September, die Kinderfreunde treffen sich um 10 1/2 Uhr an der Sozialistischen zur Beteiligung an der Veranstaltung des Kreisverbandes, 4. Preussische Arbeiterjugend. Wimpel nicht vergessen. Alle Eltern sind zum Treffen gern gesehen. Friedrichshagen, Es ist Postmaterial einzuwickeln, heute abend, Freitag, 20. September, wird gebastet. Freundlichkeit.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

81. Kd. Friedmann, unsere als Frau Genossin Riebt, 44 Jahre alt, ist am 18. September verstorben. Ob sie ihrem Ansehen, Verdienste am Sonnabend, dem 21. September, 19 1/2 Uhr, auf dem Friedhof am Mariendorfer, Studenstraße Ecke Südweststr., die wir bitten um rege Beteiligung.

Modenschauen bei Lieg.

In den Warenhäusern von Lieg herrschte ein starkes Gedränge, denn die Käuferinnen konnten in schön arrangierten Modenschauen sehen, was für Herbst und Winter modern wird. Doch nicht nur die Damen, auch die Herren konnten sich orientieren, weil elegante Männer Herrenkleidung in ansprechender Weise zur Schau trugen. Man sah sie aber nicht nur in der Abendgarderobe, sondern ebenso im Schlafrock und in der Hausjacke. Wie auch für und an Damen alles gezeigt wurde, vom Morgenrock bis zum großen Abendkleid. Unter den Stoffen fiel schön gemusterter Sammet auf, der einen wunderbaren, weichen Glanz hatte. Interessant war auch der neuartige glänzende Schmuck, der immer passend zu den Kleidern getragen wurde. Man muß sagen: Er hat heute eine ganz ungeahnte Größe angenommen. Bei den Mänteln mit den großen Reiztragen wurden vielfach große Hüte getragen. Da sie aus welchem Material hergestellt sind, scheidet der große Kragen sie nicht lästigerweise ins Gesicht, sondern gibt ihnen durch einen leichten Knuff die zum ganzen Anzug passende Form. Jedem Geschmack wurde in

diesen Modenschauen Rechnung getragen, denn die einfach wirkende, mollende Frau wird genau so gut das Passende finden, wie die Frau, die durchaus auffallen muß.

„Das schöne Kleid.“

Unter dieser Devise veranstalteten die Firmen Carde-Michels und die Damenschneiderinnen-Vereinigung ihre Modenschauen bei Kroll. Diese Veranstaltungen waren derartig stark besucht, daß schon zweiundzwanzig Stunden vor Beginn die lehrreichen Zuschauerinnen Schlange standen. Und zu sehen gab es wirklich allerhand in Qualitätsstoffen und Qualitätsverarbeitungen. Verstehen die Modenschneiderinnen es doch bestimmt, jede Frau individuell zu kleiden, mag es sich nun um das Vormittags-, das Nachmittags-, das kleine oder das große Abendkleid handeln. Diese sind durch ein Täschchen oder ein Cape geschützt, und das ist unbedingt notwendig, denn sie sind im Rücken so tief betaselt, daß sie oft den ganzen Rücken sehen lassen. Nun ja, es heißt wohl auch nicht umsonst: „Ein schöner Rücken kann auch entzücken.“ Viel Eigenart sah man im Schnitt, in den kleinen, aber bedeutenden Zutaten, wie Blumen usw., und in den Stoffen. Da hat man weiterfeste Stoffe für den Vormittag elegant wirkende für den Nachmittag und hauchfeine für den Abend. Bei den anmutigen Vorführdamen sah man viel betonte Schönheit, dennoch kann jede Frau ihrer Figur entsprechend modern und glücklich sein. Diese Klasse-Schauen boten viel Anregungen.

Neue Gardinen bei Grünfeld.

Unter der Devise „Die schöne Gardine — das schöne Bett“ zeigt die Firma Grünfeld, Leipziger Straße, eine große Anzahl geschmackvoller Neuheiten für Fensterdekoration und Bettbezug. Nach wie vor werden aus Gründen der Hygiene und des guten Geschmacks helle, lichtdurchlässige Farben für die Gardine bevorzugt. All die hübschen, indanthrengefärbten Stoffe in uni und gemusterten Dessins bilden eine ungemein wirksame Verschönerung des Heims. Die Drapierung erfolgt in den verschiedenartigsten Dekorationsformen. Einmal ist die Gardine glatt gespannt, mit hübschen, in der Farbe abgestimmten Fransenrändern garniert, das andere Mal zieren Volutenbänder das Fenster, sehr hübsch wirken auch die kleinen zierlichen Scheidegardinen für Neubauwohnungen. Für Bettbezüge gelangen zarter Leinenbattist mit Wickelajour und Fütel in weiß und farbig zur Verwendung, daneben sieht man sehr hübsche hauchartige Bettarmaturen, reich mit Valenciennespizzen verarbeitete. Bis zum 21. September ist diese recht sehenswerte Ausstellung geöffnet, und manches hausfrauliche Auge wird daran seine wahre Freude haben.

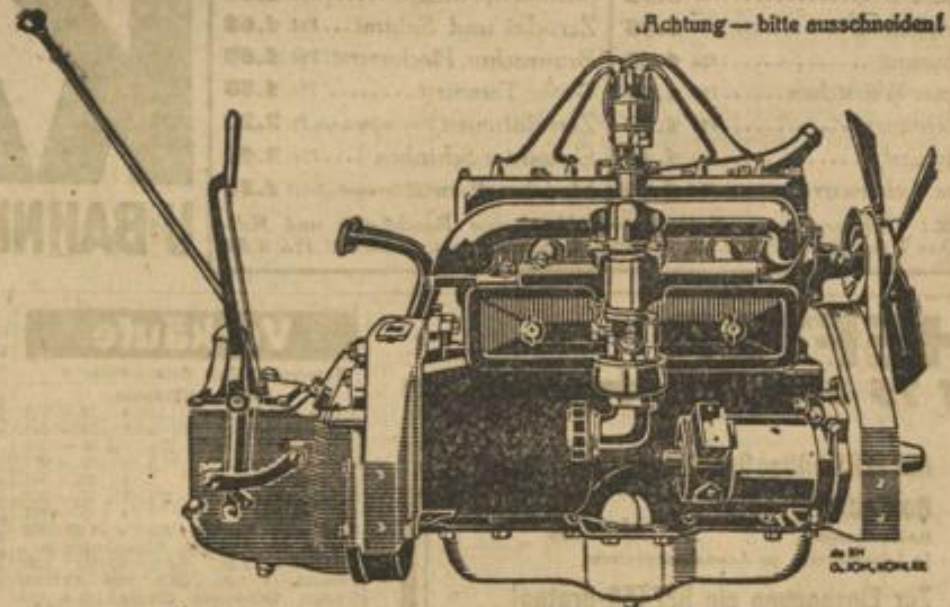
Das neue Band ist ein Streifen und ein Bandel höchster Leistung auf verschiedenen Gebieten — in der Marine, beim Sport usw. — In diesem Sinne kann es auch zu einem neuen Ereignis der Substanz in Beziehung gesetzt werden. Daran denkt man sofort, wenn man von der neuen und doch allen erlebten Hausfrauen schon so vertrauten Warenmarken „Nana im Blauband“ hört und liest. Denn hier handelt es sich tatsächlich um eine Höchstleistung auf dem Gebiete moderner Volksernährung.

Interessante Unterhaltung in gemütlichen Heim — ob man allein ist oder im Kreise lieber Freunde — was gibt's an langen Herbstabenden Schöneres? Eine anregende Unterhaltung und ein köstliches Essen dazu, zumal wenn ein gutes „Gramola“-Musikinstrument „mit im Spiel“ ist. Da legt man eine von den neuen grammophonischen Aufnahmen der „Stimme seines Heren“ auf — und genießt in vollen Zügen den Klang einer ganzen Opernaufführung. Auch sonst bietet das „Gramophon“-Repertoire eine Fülle interessanter Aufnahmen, über welche die Monatszeitschrift „Die Stimme seines Heren“ eingehend Auskunft gibt. Interessant ist auch das 10.000-Parti-Verzeichnis der „Stimme“, an dem sich jeder ohne jegliche Kaufbindungen beteiligen kann. In allen offiziellen Verkaufsstellen der Deutschen Grammophon-Werke erhältlich ist die „Stimme seines Heren“ erhältlich.

Musikaufträge

Übergibt man nur dem Nachweis des Deutschen Musikerverbandes, Berlin, Kommandantenstr. 63/64, Dönhofsstr. 77-78, Geschäftszeit 9-5, Sonntags 10-3 Uhr. Auf Wunsch: Vertreterschluß.

30 Jahre Erfahrung und ein glücklicher Wurf!



ADLER FAVORIT

Einzig in seiner Art!

ADLER FAVORIT bedeutet Kraft, Leben, Ausdauer, Zuverlässigkeit, Wirtschaftlichkeit. Die Erklärung: DER MOTOR! Der Laie bewundert die Leistung, der Fachmann die Mittel, mit der sie erzielt...

Zwischen „PS“ und „PS“ ist eben doch ein Unterschied: Lesen Sie die technische Beschreibung und Sie werden verstehen, warum!

TECHNISCHE BESCHREIBUNG:

- 2 Liter - Vierzylinder - unerwartet hohe Leistungsfähigkeit - Anzugsvermögen und „Langsamlauf“ im Großstadtverkehr lassen jeden Wunsch nach einem Mehrzylinder vergessen!
- Ungewöhnliche Verfeinerung des Triebwerks: Jeder Teil zunächst für sich und nach dem Zusammenbau nochmals statisch und dynamisch ausgewuchtet.
- Vollkommener Ausgleich der Kurbelwellenmassen durch Gegengewichte.
- Keine freien Fliehkräfte, dadurch Entlastung der Kurbelwellenlager.

- Spannungsfreie, schwingungs- und schallisolierende Motoraufhängung in Gummi.
- Nelson-Bohnalite Leichtmetallkolben mit Invar-Stahl-Stegen.
- Abnehmbarer Zylinderkopf mit allseitig bearbeiteten, unter sich abgeglichene Kompressionsräumen.
- Superdimensionierte Nockenwelle.
- Präzisionssteuerung der Ventile.
- Auspuff-Ventile aus Spezial-Chromstahl.
- Hochdruck-Zentral-Umlaufschmierung.
- Wirksamste tropenerprobte Schnellumlauflüftung.
- Bosch-Anlasser mit Bendix-Ritzel.

- Anlaß-Zündstromverstärker, vom Führersitz aus einschaltbar. Gemischvorwärmung im Saugrohr.
- Spezial-Vergaser mit Beschleunigerpumpe und Starterklappe. Geschmeidige Einscheiben-Trockenkupplung.
- Getriebe: sämtl. Wellen rollen- bzw. kugellagert. Großer Oelinhalt. Geschliffene Zahnflanken, dadurch geräuschloser Lauf.
- Explosionssicherer Hecktank und Unterdruckförderer.
- Als Phaeton 5350.- RM, als Speziallimousine 5575.- RM, als Zweisitzer-Cabriolet 6930.- RM ab Werk. — Steuer: 77 Pfg. pro Tag = 283.- RM pro Jahr. Alle Wagen mit hydraulischer Vierradbremse, Zentral-Chassisschmierung, Stoßstangen, Stoßdämpfern etc.

ADLERWERKE VORM. HEINRICH KLEYER A.G. FRANKFURT A.M.

FILIALE BERLIN, BELLE-ALLIANCE-STRASSE 6 UND UNTER DEN LINDEN 12-13

Arbeitsmarkt Anfang September.

Aufstieg der Wirtschaft. - Verschlechterung des Arbeitsmarktes.

Die jüngsten Arbeitslosenzahlen des A.D.S. bestätigen das Urteil über die Lage des Arbeitsmarktes, das in den letzten Wochen hier mehr als einmal ausgedrückt wurde: auf dem Arbeitsmarkt läßt sich keine Entlastung fühlen, eher nimmt allmählich die Zahl der Arbeitslosen zu, obwohl die Gesamtlage der deutschen Wirtschaft sich verbessert hat und sich mit jedem Monat weiter erholt.

Als sicheres Merkmal könnte der Eisenbahnverkehr gelten. Die Wagenstellung der Reichsbahn betrug in der Woche vom 29. Juli bis 3. August 1929: 155 600, vom 5. bis 10. August 153 700, vom 12. bis 17. August 153 000. Die Zahl der gestellten Wagen ist im Vergleich zum Vorjahr um 3 Proz. gestiegen. Da aber inzwischen der Übergang zu den modernen großen Wagen weitere Fortschritte machte, unterliegt es keinem Zweifel, daß die Menge der auf der Reichsbahn beförderten Güter um weit mehr als 3 Proz. angewachsen ist.

Sehr erheblich ist die

Steigerung der deutschen Ausfuhr.

in erster Linie der Ausfuhr an Fertigwaren. Der Ausfuhrwert (im reinen Warenverkehr) betrug im Juli 1929, 1100 gegen 971 Mill. Mark im Vorjahre und 891 Mill. Mark im Juli 1927. Fertigwaren wurden ausgeführt im Juli 1929 für 810 Mill. Mark, gegen 704 Mill. Mark im Vorjahre und 646 Mill. Mark im Juli 1927.

Einen Aufstieg weist der Bergbau ebenso wie die Schwerindustrie auf. Die arbeitstägliche Steinkohlensförderung im Ruhrrevier war im Durchschnitt für die ersten drei Augustwochen 406 400 Tonnen gegen 361 500 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres, also um 12 Proz. höher. Für die Eisen- und Stahlproduktion reden die Juniergebnisse eine deutliche Sprache. Arbeitstäglich wurden im Deutschen Reich (ohne Saargebiet) erzeugt:

Table with 4 columns: Roh Eisen, Juni 1928, Juni 1929, Zunahme. Values: 34 000 t, 38 800 t, 14 Proz. / 49 900 t, 57 200 t, 15

Nicht minder eindrucksvoll sind die Angaben über die Stromerzeugung sowie Stromabgabe an industrielle und gewerbliche Verbraucher. Die Menge der von 122 Werken selbst erzeugten Energie war im Juni 1929 um 24,5 Proz. höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Der Anschlußwert der von 103 Werken unmittelbar belieferten industriellen und gewerblichen Verbraucher war im Mai 1928: 4 085 000 Kilowattstunden, im Mai 1929: 4 344 000 Kilowattstunden (Zunahme um 6,3 Proz.). Die arbeitstägliche Stromabgabe an diese Verbraucher ist im Laufe des Jahres von 17 645 000 Kilowattstunden auf 20 396 000 Kilowattstunden, d. h. um 16 Proz. angewachsen.

Es erübrigt sich, weitere Zahlen aufzuführen, um zu zeigen, daß die Menge der in der Wirtschaft erzeugten und umgesetzten Güter heute erheblich größer als vor einem Jahre ist. Und trotzdem ist

die Beschäftigung durchaus unbefriedigend.

und gerade der letzte Monat hat eher eine Verschlechterung der Lage des Arbeitsmarktes als eine Verbesserung gebracht. Dieser Widerspruch ist weniger auf die konjunkturellen Faktoren als auf die inneren Prozesse zurückzuführen, die die Entwicklung der Wirtschaft und besonders die des Arbeitsmarktes beherrschen: der Zustrom neuer Arbeitskräfte in die Produktion einerseits, die Verdrängung der Menschen durch die Maschinen aus den rationalisierten Betrieben andererseits.

Im Durchschnitt für sämtliche Berufe, auf die sich die Arbeitslosenstatistik des A.D.S. erstreckt, ist die Arbeitslosigkeit von 8,6 Proz. Ende Juli auf 9,0 Proz. Ende August gestiegen. Im Vorjahre waren zu derselben Zeit 6,5 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos und weitere 6,6 Proz. standen in Kurzarbeit. Der Vergleich des Verlaufes der Arbeitslosigkeit in den Sommermonaten der beiden Jahre bestätigt den für das laufende Jahr ungünstigen Eindruck:

Table with 10 columns: März, April, Mai, Juni, Juli, Aug., Sept., Okt. for 1928 and 1929. Values: 1928 9,3, 6,9, 6,3, 6,2, 6,3, 6,5, 6,6, 7,3 / 1929 16,5, 11,1, 9,1, 8,6, 8,6, 9,0, -, -

Im Jahre 1928 trat bereits im April die Besehung der Wirtschaft ein und die Lage blieb bis Ende September günstig, erst im Oktober begann ein leichter Abwärtsweg. Im laufenden Jahre dagegen war die Zeit der guten

Beschäftigung außerordentlich kurz.

die Besehung wurde durch den harten Winter verzögert, der kommende Abwärtsweg macht sich aber bereits Ende August erkennbar.

Es ist jedoch nicht außer acht zu lassen, daß die „Saisongruppe“ der gewerkschaftlichen Statistik im wesentlichen nur das Baugewerbe erfaßt. Die amtliche Statistik läßt den Schluß zu, daß die Beschäftigung in der Landwirtschaft im August besser als im Vormonat war. Im Baugewerbe war es anders: hier nahm die Arbeitslosigkeit in sämtlichen Berufsgruppen zu. Die Arbeitslosigkeit betrug nämlich in Prozent der Gewerkschaftsmitglieder:

Table with 4 columns: Juni, Juli, August for various professions. Values: Maurer 6,2, 5,6, 7,1 / Bauhilfsarbeiter 14,1, 13,2, 14,7 / Zimmerer 11,3, 10,8, 12,7 / Raler 11,0, 10,6, 13,0 / Dachdecker 10,9, 9,6, 11,0 / Steinarbeiter 5,0, 7,3, 10,1

Es scheint also, daß infolge einer ungünstigen Wendung des Geschäftsganges der Höhepunkt der Beschäftigung im Baugewerbe in diesem Jahre im August bereits überschritten war. Zwar konnte man auch im Vorjahr im Baugewerbe in dieser Jahreszeit eine Verschlechterung beobachten, sie war aber nicht so stark und trat noch einer relativ langen Periode guter Beschäftigung ein. In diesem Jahre, wo die Bautätigkeit ungewöhnlich spät begann, war man berechtigt zu erwarten, daß die Arbeiten auch spät im Herbst fortgesetzt werden. Nun beginnt aber schon im Hochsommer ein bedrohliches Abgleiten.

Von 100 Gewerkschaftsmitgliedern der „Saisongruppe“ waren am Monatsende arbeitslos:

Table with 10 columns: März, April, Mai, Juni, Juli, Aug., Sept., Okt. for 1928 and 1929. Values: 1928 24,6, 12,0, 8,1, 7,0, 6,0, 6,5, 7,4, 10,3 / 1929 43,3, 19,2, 11,0, 9,2, 8,9, 10,4, -, -

Falls die Bewegung im September und Oktober keine nennenswerte weitere Verschlechterung aufweist, wird es sich doch ergeben, daß von den Bauarbeitern, die im kommenden Winter arbeitslos sein werden, ein erheblicher Teil

keine vollen 26 Wochen Arbeit hinter sich

haben wird. Es liegt auf der Hand, daß bei einer solchen Lage ein Abbau der Unterfügung dieser Arbeitergruppe, wie er durch die Vorschläge der Reichsbahn und auch durch die des Zentrums sich ergeben würde, für die Sozialdemokratie einfach undiskutabel ist. Andererseits beweist die Entwicklung des Arbeitsmarktes, wie richtig und weitsichtig unsere Politik im Kampf um die Arbeitslosenversicherung war, als wir bereits im Frühjahr eine Steigerung der Beiträge vorschlugen: wäre unser Antrag rechtzeitig angenommen worden, dann würde die finanzielle Lage der Reichsanstalt schon jetzt gesichert. Die Politik der besitzenden Klassen, die den Abbau der Arbeitslosenunterstützung zum Zweck eines allgemeinen Lohnrückens und jeden Preis durchsetzen wollte, hat zu einer verhängnisvollen Verschleppung dieser Fragen geführt. Wird man die Frage weiter verschleppen, dann wird schließlich die Zeit kommen, wo auch die Beitragssteigerung nur wenig helfen kann.

In der „Konjunkturgruppe“ der Verbände und Berufe hat sich die Arbeitslosigkeit im August nicht verändert; sie be-

Günstige Reichsbahntwicklung. Steigende Einnahmen in den letzten Monaten.

Der saisonübliche Rückgang des Eisenbahngüterverkehrs im August war in diesem Jahre sehr gering, da die Reichsbahn von der Wassernot der Binnenwasserstraßen profitieren konnte. Die Wagenstellung ging von 4,22 Millionen Wagen im Juli auf 4,18 Millionen Wagen im August zurück, was trotz der sommerlichen Geschäftsstille einem Rückgang von nur 0,85 Proz. in der arbeitstäglichen Stellung entspricht. Bemerkenswert ist, daß der Kohlenverband mit 754 000 Wagen gegenüber dem Juli etwas zurückgegangen ist, aber bedeutend über der Zahl von 686 000 vom August 1928 liegt. Auch der gegen Juli zurückgegangene Verband von Baustoffen ist höher als im Vorjahr.

Der Personenverkehr im August war trotz des Rückganges des Reiseverkehrs sehr stark; es wurden 8344 überplanmäßige Züge gefahren, d. h. fast 500 mehr als im Vorjahr.

Die Einnahmen im Juli lehnten die Steigerung der letzten Monate - Mai 451 Millionen Mark, Juni 464 Millionen Mark - fort und erreichten 501,3 Millionen Mark. Dieses günstige Ergebnis ist neben dem starken Reiseverkehr auch der Besserung des Güterverkehrs zuzuschreiben. Dementsprechend konnten auch die Ausgaben für Bauten und Beschaffungen auf 80,5 Millionen Mark erhöht werden. In der Gesamtlage der Ausgaben von 499 Millionen Mark ist auch eine Rückstellung „zum Ausgleich von Mindereinnahmen infolge Schwankungen des Verkehrs“ in Höhe von 17 Millionen Mark untergebracht, was sicher kein Zeichen einer angespannten Finanzlage ist.

Die Tatsache, daß die Gesamteinnahmen in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Juli nur um 5 Millionen Mark hinter den Erwartungen zurückblieben, kann wohl ernsthaft nicht als Beweis für die Notwendigkeit einer Tarifierhöhung angesehen werden.

Der Personalstand war im Juli mit 744 595 Köpfen infolge des Sommerurlaubs, der die Stellung von Vertretern notwendig machte, und wegen gesteigerter Bautätigkeit etwas höher als im Juni.

Anhaltende Fleischsteuerung. Auch im August noch steigende Preise.

Trotz der starken Steigerung der Fleischpreise im Juli haben diese im Verlauf des letzten Monats ihre Aufwärtsbewegung nach den Mitteilungen der Preisberichtsstelle des Fachauschusses für Fleischverorgung weiterhin fortgesetzt.

Die dem Gesamtverbrauch nach wichtigste Gattung, das Schweinefleisch, auf das etwa 66 Proz. des Fleischkonsums entfällt, erhöhte sich trotz der Rekordpreise im Juli um weitere 5 Proz. im letzten Monat. Da die Fleischnachfrage mit dem Ende der warmen Jahreszeit anzusteigen pflegt, wäre eine Erhöhung des Angebotes dringend notwendig gewesen. Die Schweineaufzucht an den 38 größten Schlachtviehmärkten wies jedoch einen weiteren Rückgang gegenüber dem Vormonat um etwa 4 Proz. auf. Gegenüber dem August vorigen Jahres waren die Schweineaufzucht sogar um etwa 13 Proz. geringer. Diese enorme Steigerung des Schweinepreises ist für die Verbraucher massen fast unerträglich geworden und ist auch für die Landwirtschaft im höchsten Grade ungesund, da bei dieser Lage scharfe Rückschlüsse wie vor zwei Jahren kaum ausbleiben können. Die durchschnittlichen Kleinhandelspreise betragen für 1 Pfund

Table with 4 columns: Schineinf., Rindf., Kalbf., Geflügel. Values: im August 1929 1,59, 1,24, 1,47, 0,75 M. / im Vormonat 1929 1,52, 1,23, 1,45, 0,74 / im August 1928 1,38, 1,22, 1,41, 0,73

Die ganze Un Sinnigkeit der von den bürgerlichen Parteien gegen den Willen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erzwungenen Gefrierfleischregelung geht aus der Preisbewegung für Gefrierfleisch während des Jahres 1928 und des ersten Halbjahres 1929 hervor. Die Entwicklung stand im Zeichen der Herabsetzung der zollfreien Einfuhrmengen von 120 000 auf 50 000 Tonnen, die am 1. Mai 1928 in Kraft trat. Obwohl hier und da erhebliche Preissteigerungen durch die Kontrolltätigkeit der Gemeinden vermieden werden konnten, ist doch für die Mehrzahl der Orte im Freistaat Preußen eine spürbare Erhöhung der Preise eingetreten.

Mit der nicht funktionierenden Kontrolltätigkeit dürfte auch vorwiegend die vorliegende Preisüberhöhung zusammenhängen. Ein Zeichen dafür ist das uneinheitliche

trägt, wie im Vormonat, 8,6 Proz. Eine geringe Verschlechterung ist bei den Metall- und Textilarbeitern sowie im Berufsfähigkeitsgewerbe festzustellen:

Table with 8 columns: Es waren arbeitslos, Es standen in Kurzarbeit for Metallarbeiter, Textilarbeiter, Buchdrucker, Lithographen, Graph-Hilfsarbeiter. Values: Metallarbeiter 7,4, 7,7, 8,1, 7,8, 8,5, 9,1 / Textilarbeiter 10,5, 10,2, 10,5, 23,9, 25,6, 26,1 / Buchdrucker 8,0, 9,9, 10,8, 0,3, 0,3, 0,4 / Lithographen 8,7, 9,2, 10,0, 2,0, 1,6, 3,2 / Graph-Hilfsarbeiter 7,8, 7,8, 8,5, 0,9, 0,9, 1,6

Dagegen kann man im Bergbau, Glasindustrie, Bekleidungs- und Nahrungs- und Genussmittelgewerbe eine Besehung erkennen.

Table with 8 columns: Es waren arbeitslos, Es standen in Kurzarbeit for Bergbau, Glas- u. Porzellan-Industrie, Bekleidungsarbeiter, Futarbeiter, Schuhmacher, Nahrungs- und Getränkearbeiter, Tabakarbeiter. Values: Bergbau 1,3, 1,7, 1,3, 1,9, 1,4, 3,1 / Glas- u. Porzellan-Industrie 10,4, 10,7, 9,8, 2,4, 4,0, 5,8 / Bekleidungsarbeiter 15,2, 18,3, 16,9, 14,7, 16,6, 17,0 / Futarbeiter 29,0, 27,8, 24,9, 12,5, ?, 5,4 / Schuhmacher 19,7, 19,6, 18,3, 30,8, 23,1, 19,2 / Nahrungs- und Getränkearbeiter 6,7, 7,4, 7,0, 3,7, 4,8, 3,2 / Tabakarbeiter 13,6, 15,2, 13,4, 15,2, 15,7, 16,0

Zusammenfassend kann man sagen: die deutsche Wirtschaft weist keine Krisenerscheinungen

auf, vielmehr ist sie im Aufstieg begriffen; die Arbeitslosigkeit bewegt sich dagegen auf einem ziemlich hohen Niveau und hat neuerdings - im Baugewerbe - weiter zugenommen. Den Arbeitslosen muß nach wie vor geholfen werden, die günstige Entwicklung der Wirtschaft bietet die ausreichende Möglichkeit dazu. Mit dem Verede über die Abhilfe der notleidenden Wirtschaft auf Kosten des Abbaues der sozialen Lasten sowie über den Abbau der Arbeitslosenunterstützung muß endlich Schluß gemacht werden. WL Woytinsky.

Bild der Preisbewegung. So betrug der Jahresdurchschnittspreis für 1928 je 1 Kilogramm mittlerer Sorte z. B. in Hannover 1,70 M., in Breslau und Frankfurt dagegen nur 1,20 M. Das ist ein Unterschied von nicht weniger als 50 Pfennigen. Bemerkenswert ist, daß sich in einigen Orten die Gefrierfleischpreise durch die Herabsetzung der Kontingente nicht verändert haben.

Ein besonderes Kapitel sind die Spannen zwischen dem Groß- und Kleinhandelspreisen. Sie schwanken im Durchschnitt 1928 zwischen 14 Pfennigen in Breslau und 55 Pfennigen in Eberfeld. Man kann daran nur die Vermutung knüpfen, daß die Kontrolltätigkeit z. B. in Eberfeld weniger durchschlagend ausgeübt worden ist als beispielsweise in Breslau.

Stahl- und Walzwerke im August. Stark erhöhte Leistungen gegenüber dem Vorjahr.

Die Produktion der deutschen Stahlwerke belief sich nach der Zeitschrift „Stahl und Eisen“ im August dieses Jahres auf 1,40 gegen 1,46 Millionen im Juli. Im August 1928 wurden bei der gleichen Anzahl Arbeitstage 1,33 Millionen Tonnen Rohstahl erzeugt. Die durchschnittliche arbeitstägliche Leistung ging gegenüber dem Vormonat von 54 271 auf 51 915 Tonnen, also um 4,5 Proz. zurück. Dieser Rückgang ist bei der sommerlichen Geschäftsstille im August durchaus normal, und es bleiben die Ergebnisse der beiden folgenden Herbstmonate abzuwarten, bevor man sich über die Weiterentwicklung der Eisenkonjunktur ein Bild machen kann.

Auch die Leistungen der deutschen Walz- und Brechwerke lagen im Monat August mit 1,01 Millionen etwas unter den Ergebnissen des Juli mit 1,03 Millionen Tonnen. Jedoch ist die durchschnittliche arbeitstägliche Leistung im Berichtsmonat mit 37 506 gegen 38 154 Tonnen im Juli nur um 1,7 Proz. zurückgegangen.

Die Produktionsergebnisse der deutschen Stahl- und Walzwerke in den letzten drei Monaten liegen weit über den Leistungen der entsprechenden Zeit von 1928. Die durchschnittliche arbeitstägliche Gewinnung vom Juni bis August stellte sich bei den Stahlwerken auf 54 466 gegen 49 900 Tonnen im Juni bis August 1928. Die Produktionssteigerung beträgt also annähernd 10 Proz. Wenn auch nicht in dem gleichen Maße, so doch immerhin beachtlich, ist auch die Produktionssteigerung bei den deutschen Walz- und Brechwerken. Hier belief sich die durchschnittliche Leistung je Arbeitstag in den letzten drei Monaten auf 38 358 Tonnen gegenüber 36 533 Tonnen in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Es ergibt sich also eine Erhöhung um rund 5 Proz.

Einträgliches Kohlengeschäft. Die Hedwigs-Hütte K.-G. in Stettin, die hauptsächlich den Handel mit englischer Kohle betreibt, hat trotz aller Bilanzlücke nicht verschleiern können, daß bei der anhaltenden Rülte im letzten Jahr für sie ein Bombengeschäft herausgefallen ist. Die Dividende bleibt mit 7 Proz. die gleiche wie im letzten Jahr, da ein großer Teil der Gewinne in den um 40 Proz. herausgeschraubten Abschreibungen verschwunden ist. Wie gut die Gesellschaft bei Rülte ist, geht daraus hervor, daß sie ihre Schulden um rund 400 000 Mark bis auf 3,1 Millionen senken konnte, während die Forderungen sich auf über 5 Millionen Mark erhöhten. Im Geschäftsbericht wird erwähnt, daß die außergewöhnlich harte Rülteperiode einen Rekordabsatz im Hausbrandgeschäft zur Folge hatte. Wenn die Verwaltung nach einer solchen Bombenkonjunktur jetzt Preis-erhöhungen das Wort redet, so muß das als eine glatte Unvorsichtigkeit bezeichnet werden.

Vom Tonfilm-Kriegsschauplatz. Die beiden in der Fabrikation von Tonfilmapparaten führenden Länder, Vereinigte Staaten und Deutschland, liegen seit dem mißglückten Londoner Einigungsversuch in bestiger Fehde. Es handelt sich um zwei Monopolistengruppen: die amerikanische Western Electric und die deutsche Interessengemeinschaft Tobis-Klangfilm. An der Klagefilm K.-G., die allein in Deutschland Apparate herstellt, sind die AEG und Siemens maßgebend beteiligt. Jetzt ist es der deutschen Gruppe gelungen, mit der englischen führenden Gesellschaft, der British Talking Pictures Ltd., ein Abkommen zu treffen, monach sie im britischen Weltreich zusammen gegen die Western Electric arbeiten werden. Damit ist die Forderung der Deutschen nach Aufteilung der Welt in Interessengebiete zum Teil erfüllt, während die Amerikaner wegen ihres Vorwurfs am freien Wettbewerb festhalten wollen. Inzwischen geht der Kampf zwischen Europa und Amerika um die Patente vor den Gerichten der verschiedensten Länder weiter.

Wer ist Schwerbeschädigter?

Die Schwerbeschädigung muß erst amtlich abgestempelt sein.

Der Bergmann R. war seit dem 7. November 1922 bei der Aktiengesellschaft für Bergbau auf der Grube Rosenberg beschäftigt. Am 20. Juli 1927 erlitt er einen schweren Betriebsunfall: durch Herabstürzen einer Bergwand wurde ihm der rechte Unterschenkel abgequetscht. Dieser Unfall machte eine längere Krankenhausbehandlung des Klägers und eine Operation erforderlich, bei welcher ihm der rechte Unterschenkel unterhalb des Knies abgenommen werden mußte.

Nachdem der Kläger am 3. Februar 1928 aus dem Krankenhaus entlassen war, wurde er bei der Beklagten wieder eingestellt. Der Betrieb der Grube Rosenberg wurde aber am 30. April 1928 stillgelegt. Dem Kläger wurde trotz der schweren Verletzung, die er sich im Dienste der Beklagten zugezogen hatte, ebenfalls gekündigt.

Am 7. Mai 1928 wurde dem Kläger eine Rente von 60 Proz. mit nachträglicher Wirkung vom 4. Februar 1928 ab gewährt. Der Kläger vertritt den Standpunkt, daß durch diesen Rentenbescheid festgestellt sei, daß er schon zur Zeit der Kündigung Schwerbeschädigter im Sinne des § 3 des Schwerbeschädigtengesetzes vom 12. Januar 1923 gewesen sei, und daß infolgedessen die ohne Zustimmung der Hauptfürsorgestelle erfolgte Kündigung rechtswirksam gewesen sei. Er verlangt daher seinen Lohn nachgezahlt. Die Beklagte verlangt Abweisung der Klage.

Sie hat geltend gemacht, daß dem Kläger der § 13 des Schwerbeschädigtengesetzes nicht zugute kommen kann, da seine Schwerbeschädigteneigenschaft erst durch den nach seiner Entlassung erfolgten Rentenbescheid festgestellt worden sei. Zur Zeit der Kündigung sei der Kläger noch nicht Schwerbeschädigter gewesen.

Das Arbeitsgericht in Niedersachstein hat zugunsten des Klägers entschieden. Wegen dieses Urteils hatte die Beklagte Berufung eingelegt, die aber vom Landesarbeitsgericht in Frankfurt a. M. zurückgewiesen wurde. Um in dieser Frage eine grundsätzliche Entscheidung herbeizuführen, legte die Beklagte Revision ein.

Das Reichsarbeitsgericht kam aber zu einem recht unverständlichen Urteil. Es hob das vorinstanzliche Urteil auf und wies den Kläger mit seiner Klage ab. Als dem Kläger gekündigt worden sei, sei er noch nicht als Schwerbeschädigter im Sinne des Gesetzes anerkannt worden. Da der Betrieb stillgelegt wurde, so konnte auch dem Kläger gekündigt werden, ohne die Hauptfürsorgestelle zu verständigen.

Knappschußversicherung und Hauptfürsorgestelle gebrauchen also länger als neun Monate dazu, um den Bergarbeiter mit dem verlorenen Unterschenkel offiziell als schwerbeschädigt zu erklären. Noch ein volles Vierteljahr nach der Entlassung aus dem Krankenhaus als geheilt, mit einem Bein, dauert es, bis der Bescheid ergeht.

Die noble Aktiengesellschaft für Bergbau braucht nicht zu wissen, daß der so in ihren Diensten verstümmelte Arbeiter Schwerbeschädigter geworden ist, als sie ihn wieder einstellte. Und wenn der arme Teufel beide Beine verloren hätte — Schwerbeschädigter war er erst dann, nachdem er es schwarz auf weiß hatte von der Hauptfürsorgestelle.

Das Reichsarbeitsgericht ist mit dem ganzen bürokratischen Apparat verbunden. Es kann ihn nicht misshandeln und den gesunden Menschenverstand wässern lassen, der in diesem Falle in den Urteilen der untergeordneten Instanzen zur Geltung kam.

Wenn der Schiedsspruch verbindlich ...

Müssen auch die Außenseiter Tariflohn zahlen.

Das gilt zwar als selbstverständlich, mußte jedoch sowohl dem Arbeitsgericht in Erfurt wie dem Landesarbeitsgericht vom Reichsarbeitsgericht erst klargemacht werden.

Die Metallarbeiter in Thüringen führen schon seit Monaten einen Zivilprozeß gegen einen Teil der Metallindustriellen wegen der Nichtanerkennung des für verbindlich erklärten Schiedsspruchs. Zwischen dem Verband Thüringer Metallindustrieller und verschiedenen Arbeitnehmerverbänden besteht ein Tarifvertrag, der auf einem durch beiderseitige Annahme für die Tarifvertragsparteien verbindlich gewordenen Schiedsspruch vom 11. Februar 1928 beruht. Ein weiterer Schiedsspruch wegen der Lohnverhältnisse ist aus dem gleichen Grunde am 3. April 1928 für die Vertragsparteien ergangen und für sie verbindlich geworden. Durch ihn wurde die frühere für die Parteien gültige Lohnskala mit gewissen Abänderungen einschließlich Erhöhungen der Spitzenlöhne der Lohngruppen 1—6 wieder in Kraft gesetzt.

Eine Anzahl Firmen gehörten dem Verbands Thüringer Metallindustrieller nicht an; sie wurden daher durch den Tarifvertrag zunächst nicht betroffen. Allein auf Betreiben des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat die Schlichterkammer des Schlichtungsausschusses in Eisenach am 16. Mai 1928 folgenden Schiedsspruch gefällt: „Die Firmen erkennen den jetzt gültigen Manteltarif nebst Lohnskala für die Thüringer Metallindustrie an.“

Mehrere Firmen haben sich dem Schiedsspruch nicht unterworfen. Er wurde deshalb vom Schlichter am 30. Juni 1928 für verbindlich erklärt. Die bei den Firmen beschäftigten Metallarbeiter verlangen nun die Löhne, die in dem neuen Tarif vorgesehen sind.

Die betreffenden Metallindustriellen lehnten diese berechtigten Ansprüche ab, so daß die Arbeiter Klage anstrengen mußten.

Das Arbeitsgericht und auch das Landesarbeitsgericht in Erfurt haben die Klage abgewiesen.

Die Gründe, die zu dieser Abweisung führten, waren so unklar, daß der Deutsche Metallarbeiterverband gegen dieses unverständliche Urteil Revision einlegen mußte. Der Vertreter der Kläger, Rechtsanwalt Genosse Dr. Fraenkel, Berlin, verlangte Aufhebung des vorinstanzlichen Urteils. Es enthalte sonderliche Unklarheiten und Mängel, daß der Revision der Erfolg nicht verlagert werden könnte.

Das Reichsarbeitsgericht hob das Urteil des Landesarbeitsgerichts auf und entschied zugunsten der Kläger. Es hat sich der Revision des klägerischen Vertreters angeschlossen. Das Landesarbeitsgericht wird sich nochmals mit dieser Sache beschäftigen und zu einer anderen Entscheidung kommen müssen.

Die Invalidenunterstützung im Sattler-, Tapezierer- und Portefeulieverband tritt am 1. Oktober in Kraft. Die Unterstufungen machen monatlich 8 bis 16 Mark aus und werden nach Leistungen von 700 bzw. 1000 bzw. 1500 Wochenbeiträgen gewährt. Dazu kommen Steigerungsbeiträge, die 10 Proz. der mehrgeleisteten Beiträge ausmachen. Erstmals wird die Invalidenunterstützung vom April 1930 ab gezahlt.

Ein neues Verbandshaus.

Grundsteinlegung der Verkehrsbund-Zentrale.

Gestern nachmittag wurde am Engelufer in Berlin der Grundstein gelegt zu einem neuen Gewerkschaftsbau, der dem Vorstand der in wenigen Wochen erstehenden Großorganisation der Arbeiter aus den öffentlichen Betrieben und des Verkehrs als Wirkungsstätte dienen soll. Ursprünglich als Sitz des Hauptvorstandes des Deutschen Verkehrsbundes geplant, werden nunmehr in dem neu zu errichtenden Gebäude die vereinigten Vorstände des Verkehrsbundes, des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter und des Verbandes der Gärtner und Gärtnereiarbeiter in diesem Hause ihr Domizil haben. Nicht neben dem Berliner Gewerkschaftshaus, am Engelbecken, soll der stolze Bau der Verkehrsarbeiter erstehen, auf einer Fläche von rund 3500 Quadratmetern, wovon 2600 Quadratmeter von der Berliner Bauhütte bebaut werden unter Leitung der Architekten Hoffmann und Bruno Taut. Das neue Gebäude erweitert die Flucht am Engelufer vom Gewerkschaftshaus bis zum Michaelkirchplatz.

Wohlhin sichtbar schwarzrotgoldene Fahnen sowie die Banner des Verkehrsbundes zeigten auch dem unkundigen Passanten, daß hier etwas nicht Alltägliches vor sich ging. An der Feier nahmen außer den Funktionären des Verkehrsbundes, denen der Gemeinde- und Staatsarbeiter und denen der Gärtner die Genossen Leipart, Schlimme und Rube vom ADGB, teil und die Genossen Wels und Ludwig vom Parteivorstand.

Der Vorsitzende des Verkehrsbundes, Reichstagsabgeordneter Genosse Schumann, leitete den feierlichen Akt mit einer wirkungsvollen Rede ein, in der er an das Werden der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und das des Verkehrsbundes im besonderen erinnerte. Zum Schluß sprach Schumann die Erwartung aus, daß auch die neue Großorganisation sich genau so kräftig entwickeln möge, wie die bisher getrennt marschierenden Verbände.

Den erhebenden Abschluß der Feier bildete die Einverleibung der Grundsteinlegungsurkunde in ihre feinerne Umhüllung. Nacheinander traten die Genossen Schumann vom Verkehrsbund, Münter vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Busch vom Gärtnerverband, der Genosse Leipart vom ADGB und der Genosse Wels vom Parteivorstand an den Grundstein

heran und vollzogen mit einigen kernigen, in eine bessere Zukunft weisenden Worten die traditionellen drei Hammerschläge.

Schumann schloß mit dem Wunsch: Möge dieses Haus sein Wahrzeichen vereinter Kraft und Beschllossenheit, Stätte brüderlichen und solidarischen Wirkens und Wollens, Schmiede für den sozialen und kulturellen Aufschwung der Arbeiterschaft.

Theodor Leipart wünschte dem Haus, daß es ein immer währender Anreiz der Stärkung der Gewerkschaften sei; möge Eintracht, volle uneigennütige Hingabe und begeisterte Liebe zur Arbeiterschaft in ihm wohnen; wie wir am Volksstaat und einer gerechten sozialen Ordnung arbeiten, so soll dies Haus ein Haus des Volkes und des freien Volksgeistes werden.

Otto Wels betonte die Zusammenarbeit zwischen Partei und Gewerkschaften, die immer wieder neue Energien zur Verwirklichung unseres sozialen Denkens erforderte. Wir stünden hier auf allem Grund vor neuem Werk zur neuen Zeit, zur Zukunftsbauarbeit bereit in alter Rüstung: denn unser Machtwort heißt Organisation. Wels schloß seine Ansprache mit den Worten: Den früheren Kämpfern zur Ehr', der Gegenwart zur Wehr, der Zukunft zur Lehr!

Der Grundsteinlegung schloß sich eine zwanglose Zusammenkunft der Teilnehmer im Gewerkschaftshaus an.

Wie „Streifbrecher“ gemacht werden. Kommunistisch-terroristischer Uebereifer.

Dem wilden Rohrlegerstreik, der sich in der Hauptsache gegen die Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes richtet, dessen Rohrlegermitglieder durch allgemeinverbindlichen Tarifvertrag gebunden sind, wird durch die brutalsten Terrormethoden aufzuhelfen versucht.

Jeder organisierte Rohrleger, der sich dem Terror der Niederkirchner-Gruppe und ihren Stotrupps nicht unterwerfen will, soll entweder mit Gewalt oder durch illegale Methoden dazu gezwungen werden. Selbst Arbeiter, die seit Wochen auswärts auf Montage



In diesem Zeichen

liegt die Garantie für frische Qualität. Nur „Rama im Blauband“ bietet Ihnen diese Sicherheit durch das Garantie-Datum auf jeder Packung

für guten Einkauf die beste Gewähr!

MARGARINE

Rama
im Blauband

1/2 Pfd 50 Pfg

doppelt so gut

beschäftigt sind, werden durch Anschläge in den Hausfluren ihrer Wohnungen vor den Mitbewohnern als „Streitbrecher“ beschimpft. Eine Berichtigung der „R. F.“ zeigt mit aller Deutlichkeit, wie skrupellos die kommunistischen Helfer der Niederkirchner-Aktion vorgehen:

„Der Kollege Robert Klawitter, bei der Firma Rötting beschäftigt, Vorsteher der Baubankkolonie Feldschloßchen, wird irrtümlich als Streitbrecher bezeichnet...“

„Irrtümlicherweise werden auch der Kollege Willi Kiemer, Köstner Str. 13, Duergeb. 2 Treppen, und der Kollege Rudolf Schreier, Kreuziger Str. 13, als Streitbrecher bezeichnet. Wir berichtigen gern, daß der erstere bei seinem Bruder in Chemnitz wohnt und der letztere bereits seit drei Jahren nicht mehr im Beruf tätig ist und beide infolgedessen auch keine Streitbrecher sind.“

„Offenbar handelt es sich hier entweder um Mitglieder der A.P.D. selber oder doch um „Sympathisierende“. Denn sonst würde die „R. F.“ nicht nur nicht gerne, sondern überhaupt nicht berichtigen.“

Wir berichtigen bei dieser Gelegenheit erneut den Irrtum der Niederkirchner-Deute, die im Metallarbeiterverband organisierten Rohleger und Helfer, die durch Tarifvertrag gebunden sind, seien „Streitbrecher“, weil sie „die wilde Risse“ der A.P.D. nicht schieben helfen.

Die Angestellten der Arbeitsämter.

Zur Personal-Politik der Reichsanstalt

In einer Versammlung des Zentralverbandes der Angestellten, am 16. September in den Sophienböden berichtete Genosse Feig ausführlich über die Verhandlungen und Arbeitsgerichtsklagen in den letzten Monaten, um die Rechte der übernahmeherechtigten Angestellten zu sichern.

Durch die jetzt auf Anordnung der Hauptstelle der Reichsanstalt herausgegebenen Eingruppierungsbenachrichtigungen ist eine erneute Unruhe unter der Angestelltenenschaft entstanden. Die Reichsanstalt ist jedoch nach wie vor auf Grund des § 228 AWOB verpflichtet, die besseren tariflichen Bestimmungen, die die Angestellten bei der Stadtgemeinde Berlin hatten, weiter anzuwenden.

Soweit die Arbeitsämter diese Ansprüche nicht erfüllen, wird der Zentralverband der Angestellten die Klagen beim Arbeitsgericht führen. Für die nach dem 1. Oktober 1927 eingestellten Angestellten ist in einigen hundert Fällen die Tariffschiedsstelle bei der Reichsanstalt angerufen worden, da die Eingruppierung nicht der tatsächlichen Beschäftigung entsprechend vorgenommen worden ist.

Tagung der Genossenschaftsangeestellten

3. Reichskonferenz der D.M.-Fachgruppe.

Am 16. und 17. September tagte in Leipzig die 3. Reichskonferenz der Fachgruppe Genossenschaften im Zentralverband der Angestellten. Nach der Eröffnung durch den Verbandsvorsitzenden Uroan berichtete Martin Vöhner über die Tätigkeit der Reichsfachgruppe. In den letzten drei Jahren waren 10 000 Neuaufnahmen zu verzeichnen, so daß die Fachgruppe jetzt 35 152 Mitglieder, 9623 männliche und 25 529 weibliche, zählt. Es existieren ein Reichsbaustatistik mit der Grobhandelsgenossenschaft deutscher Konsumvereine, 17 Bezirksstatistik und 220 Einzelstatistiken. Dem Zentralverband der Angestellten ist es stellenweise sogar gelungen, in Konsumgenossenschaften der christlichen Richtung Fuß zu fassen.

Nach eingehender Diskussion, die in voller Harmonie verlief, wurden zwei Entschlüsse angenommen, von denen sich die eine gegen eine Lagerhalterbezahlung wandte, die nur nach Umsatzprozenten erfolgt. Die andere sprach sich dafür aus, daß zukünftig in Arbeitsstreitigkeiten mit Genossenschaften nicht mehr Schiedsgerichte zuständig sind, sondern die Arbeitsgerichtsbarkeit.

Am zweiten Tag der Reichskonferenz beschäftigte sich Kogon mit der Stellung der Angestellten in der Privatwirtschaft und in den Genossenschaften. Er betonte die große Bedeutung der Genossenschaftsbewegung für die Angestellten und trat für ein enges Vertrauensverhältnis zwischen Genossenschaftsteilnehmern und Genossenschaftsangeestellten ein, das im Interesse der Gesamtbewegung liege.

Nach der Wahl des Reichsausschusses der Genossenschaftsangeestellten und des Sonderausschusses der Lagerhalter hielt Redakteur Paul Lange ein Referat über die Pensionskassen und die damit im Zusammenhang stehenden Fragen.

Kommunistische Blamage.

Die „Rote Fahne“ ist nicht im Bilde.

Die „Rote Fahne“ vom Donnerstag veröffentlicht unter der Überschrift „Buchdruckeropposition setzt Urwahlen durch“ einen Bericht über die Generalversammlung der Berliner Buchdrucker am 17. September. Es heißt darin, die Aktivität der Erwerbslosen habe den Gauvorsitzenden Braun gezwungen, zu beantragen, daß den Ausgesteuerten eine einmalige Unterstützung von 25 Mark gezahlt wird. Damit beweist die „Rote Fahne“, wie schlecht sie unterrichtet ist.

Wir möchten den Kommunisten zur Aufklärung mitteilen, daß der Berliner Gauvorstand von sich aus seit einiger Zeit die Zahlung einer Extraausstattung an die Ausgesteuerten beabsichtigte. Nach der Zustimmung des Verbandsvorstandes zu dieser Maßnahme wurde in der Gauvorstandssitzung am 13. September — also einige Tage vor der Generalversammlung — beschloffen, einen entsprechenden Antrag in der Generalversammlung zu stellen. Weiter macht sich die „Rote Fahne“ mit einer anderen Behauptung lächerlich.

Jeder Buchdruckerfunktionär weiß, daß sich eine Urwahl für die Beisitzer zum Verbandsvorstand nicht deshalb notwendig macht, weil auch einige Kommunisten vorgeschlagen sind. Eine Urwahl hätte vielmehr auch dann vorgenommen werden müssen, wenn nur Kandidaten der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung aufgestellt worden wären.

Mit dieser Berichterstattung haben sich die Kommunisten wieder einmal recht gründlich blamiert. Die Berliner Buchdrucker wußten zwar bisher schon, was sie von der Berichterstattung der kommunistischen Presse zu halten haben. Sie werden aber in Zukunft das „Fähnchen“ noch weniger ernst nehmen.

Vom französischen Gewerkschaftskongress

Eggert, als Vertreter des A.D.G.B.

Paris, 19. September.

In der heutigen Nachmittagsitzung des Kongresses des französischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes haben die auswärtigen Delegierten, darunter der Vertreter des A.D.G.B., über die Gewerkschaftsbewegung in ihren Ländern berichtet und den französischen Verband der Unterstützung ihrer Organisation versichert.

Eggert, der beim Besteigen der Tribüne lebhaft begrüßt wurde, überbrachte die Grüße der deutschen Arbeiterschaft und sprach

darauf von den Industriearbeitern und Trusts, über deren Entwicklung er sich freute, vorausgesetzt, daß sie eine fortschrittliche Entwicklung zum Frieden mit sich brächten. Im weiteren Verlaufe seiner Rede stellte er sich voll und ganz hinter die Politik von Locarno, Genf und Haag und schloß mit dem Wunsche, daß sie der großen Sache des Friedens dienen werden.

Ein Sieg der Vernunft.

Die Seemanns-Union wird solidarisch.

London, 19. September. (Eigenbericht.)

Der Konflikt zwischen der Bergarbeiter-Gewerkschaft und der Union der Seeleute hat nach langwierigen Verhandlungen mit einem vollen Siege der Gewerkschaft geendet. Die Seemanns-Union war wegen ihrer Unterstützung der sogenannten unpolitischen Bergmannsvereinigung, einer gelben Gewerkschaft, von dem Gewerkschaftskongress ausgeschlossen worden.

Die Union hat jetzt ihre Wiederaufnahme beantragt und sich zur Annahme folgender Bedingungen bereit erklärt:

„Die Seemanns-Union löst jede Verbindung mit der gelben Bergmannsvereinigung und spricht öffentlich ihr Bedauern für die frühere Unterstützung dieses Verbandes aus. Sie ist bereit, der offiziellen Bergarbeitergewerkschaft alle durch die reaktionäre Kampagne entfallenen Schäden zu ersetzen und verpflichtet sich, künftighin in keiner Weise in die Angelegenheiten der Bergarbeiter einzugreifen. Die Seemanns-Union unterwirft sich ferner in allen noch zu lösenden Streitfragen zwischen ihr und der Bergarbeitergewerkschaft dem Schiedspruch des Generalrats des Gewerkschaftskongresses.“

In der Arbeiterschaft hat dieser Sieg des Gewerkschaftsgedankens große Befriedigung ausgelöst.

Neuer Konflikt bei Bemberg in Tennessee.

New York, 19. September.

Einer Meldung der Associated Press aus Elizabethton (Tennessee) zufolge hat die Textilarbeiterunion das Bundesarbeitsamt ersucht, in ihrem Streit mit den Bemberg-Glanzstoff-Fabriken zu vermitteln. Sollte eine Einigung nicht erreicht werden, so wird die Abstimmung über den Streit am kommenden Montag erfolgen. Die Union behauptet, daß 150 Teilnehmer an dem Streik im letzten Frühjahr nicht wiedereingestellt worden seien. Die Fabrik bestreitet diese Behauptung.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin.

Beute, Freitag, 19. Uhr, sagen die Gruppen: Die Kommission für Sport und Körperpflege tagt in der Jugendzentrale, Zimmer 7a, Engelauer 24-26. — Charlottenburg: Jugendheim Spreckelr. 30. Wie antworten. — Juppelplatz: Jugendheim des Bezirksamts Wedding, Turiner Ecke Seestraße. (Eingang Turiner Straße.) Protesten und Gassen. — Hermannplatz: Jugendheim Sanderstr. 11. Ecke Sobredtstraße. Vortrag: Kommunale Unternehmen. — Eiden, Südwesten: Gruppenheim Wasserlocher, 9. n. st. Dünster Abend. — Baumhulsenweg: Jugendheim Baumhulsenweg, Gröblich, 16. Pilsenerortstr. — Das Gesicht des Krieges. — Kiedrig: Jugendheim Sonnenburger Str. 2. Mühlend. — Wedding: Jugendheim Turiner Ecke Seestraße. Vortrag: Die amerikanische Wirtschaft. — Mützing: Arbeiter-Verband bei der Veranstaltung des Gemeindef. und Staatsarbeiter-Verbandes um 8 Uhr in den Hermannsflächen, Spanbau, Streifenplatz (drei Minuten vom Hauptbahnhof).

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Beute, Freitag, finden folgende Veranstaltungen statt: Oberlysee: Jugendheim Sanderstr. 11. Literarischer Abend. — Köpenick: Jugendheim Gellnerstr. 5 (Zimmer 2). Vortrag: „Herbert Hauptmann“. Referent: Arthur Bachow. — Südwest: Der Gruppenabend fällt aus.

Wenn Sie Wert darauf legen

einen guten

Ulster
billig

zu kaufen

dann lassen Sie sich aus unserer großen Auswahl den für Sie passenden vorlegen.

Hauptpreislagen:

120.- 90.-

60.- 42.-

Wir halten darauf, daß jeder unserer Kunden gut angezogen ist!

BAER SOHN A G

Berlin N 4, Chausseestraße 29-30

Untergrund: Steffler Bahnhof

Keller-Verkauf

Waren zweiter Wahl, die in unseren gepflegten Sortimenten keinen Platz finden, und Zufallskäufe

ungewöhnlich billig!

Dieser gewaltige Verkauf beginnt heute mit **Haushalt-Waren** aller Art im Keller

KARSTADT

U-BAHNHOF HERMANNPLATZ, DER KARSTADT-BAHNHOF

Sport.

Rennen zu Hoppegarten am Donnerstag, dem 19. September.

1. Rennen. 1. Sylfa (Arbalef), 2. Lichtbild, 3. Genddotz. Toto: 26:10. Platz: 21, 24, 21:10. Ferner liefen: Jaretra, Corallus, Nachvoran, Goldener Fried, Teufelohd, Zimmerhln.
2. Rennen. 1. Alba (Bebmisch), 2. Blametta, 3. Eberonz. Toto: 16:10. Platz: 11, 23, 13:10. Ferner liefen: Walador, Heiman, Krarat, Relufine, Silvio, Marclanus, Geroldstein, Goldene Rose, Janax.

3. Rennen. 1. Bronie (Meuler), 2. Hauptmann, 3. Maribona. Toto: 29:10. Platz: 22, 14, 15:10. Ferner liefen: Oeld, Angendbener, Potgnill, Damon, Sieja.
4. Rennen. 1. Boa (Höbste), 2. Teutonia, 3. Sorella. Toto: 47:10. Platz: 14, 12, 28:10. Ferner liefen: Rihgriff, Croica, Baumtrager, Ganga, Hilg, Maxime, Blunder.

5. Rennen. 1. Impressionist (Karr), 2. Geranium, 3. Jann. Toto: 36:10. 3 Liefen.
6. Rennen. 1. Marilla (Höbste), 2. Die Saar, 3. Servilla. Toto: 22:10. Platz: 21, 30, 15:10. Ferner liefen: Klise, Burggraf, Leubelling.

7. Rennen. 1. Pharisier (Hohgemuth), 2. Almasova, 3. Barmenbeck. Toto: 27:10. Platz: 11, 13, 14:10. Ferner liefen: Sagenburg, Hindenburg, Verlicht, Sociolan.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgebung (Radbr. verb.) Böllig und etwas kühl, ohne wesentliche Niederschläge, mäßige westliche Winde. — Für Deutschland: In Süddeutschland vielfach regnerisch und kühl, auch in Mittel- und Ostdeutschland Temperaturrückgang bei meist wolligem Wetter, im Nordwesten keine Veränderung.

BILLIGE

LEBENSMITTEL

Maßgebungs vorbehalten — Verkauf soweit Vorrat

Gemüse

Möhren gewaschen	Pfund 5 Pt.
Kohlrüben	Pfund 5 Pt.
Weisskohl	Pfund 5 Pt.
Rotkohl	Pfund 10 Pt.
Schmorgurken	3 Pfund 10 Pt.
Tomaten	Pfund 10, 14 Pt.
Spinat	Pfund 12 Pt.
Zwiebeln	3 Pfund 20 Pt.
Kartoffeln	10 Pfund 28 Pt.

Fische und Räucherwaren

*Lebende Karpfen	Pfund 1,35	*Rozungen	Pfund 26 Pt.
*Schellfisch ohne Kopf	Pfund 15 Pt.	Seelachs geräuchert	Pfund 42 Pt.
*Gr. Kabeljau ohne Kopf	Pfund 26 Pt.	Rotbars	Pfund 40 Pt.
*Gr. Seelachs ohne Kopf	Pfund 18 Pt.	Bundaale	Pfund 27 Pt.
*Goldbars	Pfund 14 Pt.	Schellfisch oder Makrelen	Pfund 36 Pt.
*Kabeljaufilet	Pfund 35 Pt.	Seeaal abgezogen	Pfund 78 Pt.
*Zander gefroren	Pfund 58 Pt.	Fleckerlinge	Pfund 45 Pt.
*Brätschollen	5 Pfund 58 Pt.	Geräucherter Aal stark	Pfund 2,80
*Grüne Heringe	5 Pfund 58 Pt.	Bücklinge	Pfund 24, 48 Pt.

* Nur Leipziger Str., Alexanderpl., Frankfurter Allee, Kottbus. Damm, Belle-Alliance-Str., Wilmersdorfer Str.

Obst

Kur-Weintrauben ad. Goldwein	Pf. 24 Pt.
Essäpfel Gravensteiner	Pfund 28 Pt.
Essbirnen	Pfund 15 Pt.
Kochäpfel	Pfund 9 Pt.
Kochbirnen	Pfund 9 Pt.
Bananen	3 Pfund 95 Pt.
Kranzfeigen	Pfund 35 Pt.
Pflaumen	5 Pfund 56 Pt.
Preisselbeeren	3 Pfund 72 Pt.

Konserven

Junge Erbsen sehr fein	1,45
Junge Erbsen fein	1,25
Junge Erbsen mittelfein	78 Pt.
Gemüseerbsen	50 Pt.
Junge Erbsen fein, mit Karotten	1,20
Junge Erbsen mittel, mit Karotten	95 Pt.
Gem. Gemüse mittel	1,15
Leipziger Allerlei	95 Pt.
Junge kleine Karotten	90 Pt.
Aprikosen halbe Frucht	1,40
Sauerkirschen ohne Stein	1,60
Süßkirschen mit Stein	1,25
Preisselbeeren	1,20
Reineclauden	1,00
Stachelbeeren	1,00
Ananas 8 Scheiben	1,20

Zweifruktmarmelade 48 Pt.
1-Pfund-Kimer

Frisches Fleisch

Suppenfleisch	Pfund von 84 Pt. an	Kalbskamm ohne Beilage	Pfund 96 Pt.
Gulasch ohne Knochen	Pfund 1,10	Kalbsnierenbraten	Pfund 1,05
Schmorfleisch Keel ohne Kn.	Pfd. 1,28	Hammelvorderfleisch P.M.v.	1,18 an
Schabefleisch	Pfund 1,30	Talg ausgelassen	Pfund 56 Pt.
Hackepeter	Pfund 1,30	Talg roh	Pfund 42 Pt.
Eisbein mit Spitzhals, gepökelt	Pfund 84 Pt.	Kalbsschnitzel	Pfund 2,20
Rückenfett bratfertig, o. Schw.	Pfd. 1,08	Kalbsroulade gerollt	Pfund 1,58
Kassler mild gewaschen, Pfund von	1,40 an	Roastbeef ohne Knochen	Pfd. 1,58
Schweinebauch ohne Beleg, Pfd.	1,24	Rinderleber frisch	Pfund 1,34
Schweineschinken ed. Blatt, Pfd.	1,34	Rinderzungen mit Gehirnl., Pfd.	98 Pt.
Kalbschaxen	Pfund 78 Pt.		

Gefrierfleisch

Schmorfleisch a. Knochen	Pfund 1,22	Rinderbacken o. Kn., frisch	Pfund 58 Pt.
Gulasch ohne Knochen	Pfund 98 Pt.	Rinderherzen frisch	Pfund 64 Pt.
Suppenfleisch	Pfund von 68 Pt. an	Rinderlungen frisch	Pfund 34 Pt.
Hammelvorderfleisch P.M.v.	88 Pt. an	Euter frisch	Pfund 28 Pt.
Hammelrücken	Pfund 98 Pt.	Rinderschwänze frisch	Pfund 78 Pt.
Hammelkeulen	Pfund 1,12	Schweinenieren frisch	Pfund 1,18
Schweineköpfe frisch	Pfund 54 Pt.		

Geflügel

Gänse	Pfund von 98 Pt. an	Brathühner	Pfund von 1,20 an
Suppenhühner	Pfund von 98 Pt. an	Gänsestückenfleisch	Pfund 1,15
Junge Enten	Pfund von 1,20 an	Gänseklein ohne Magen	95 Pt.

Wurstwaren

Sülze	Pfund 45 Pt.	Schinkenpolnische	Pfund 1,35
Sülzwurst	Pfund 88 Pt.	Feine Leberwurst	Pfund 1,45
Dampfwurst	Pfund 88 Pt.	Zervelat o. Salami	Pfund 1,65
Hausm.-Leberwurst	Pfund 98 Pt.	Feldarmwurst	Pfund 1,90
Speckwurst	Pfund 98 Pt.	Schinkenwurst	Pfund 1,80
Feller Speck	Pfund 1,24	Teewurst	Pfund 1,80
Fleischwurst	Pfund 1,20	Kalbsleberwurst	Pfund 1,80
Jagdwurst	Pfund 1,20	Mausshinken	Pfund 2,15
Mettwurst nach Braunsch. Art, Pfd.	1,30	Wiener Würstchen	Pfund 1,15

Zur Konfirmation!

Billige Angebote unserer Wein-Abteilung

1922er St. Marliner-Spätfeld	1/2 Fl.	1927er Oppenheimer-Goldberg	1/2 Fl.
1927er Enshemer-Rheinheide	1/2 Fl.	1927er Schloss Bückelheimer	1/2 Fl.
1928er Wittlinger-Moos	1/2 Fl.	1927er Liebfraunlich Hebl. Damen-Wein	1/2 Fl.
1927er Ahrweiler-Lieske	1/2 Fl.	1928er Rüdelsheimer Rheingauer	1/2 Fl.
1928er Gürthelmer-Feuerberg-Retwels	1/2 Fl.	1927er Senheimer Lay	1/2 Fl.
Ruler Terragon	1/2 Fl.	„Arelia“ Eysselen-Früher, vortel. Dessort	1/2 Fl.

1926er Graves

1926er Haut Sautesnes, edelster, weißer Bordeauxwein	5 Literflasche 8,50	einsohl. Flasche
1927er Winkeler-Haasensprung, hervorragender Rheingauer	1/2 Fl.	2,75
1926er Crocker-Paradies, rasiger Mosel	1/2 Fl.	2,75
1924er Château Fonroque, St. Julien, Bordeauxwein	1/2 Fl.	2,75

Spezial- Apfelwein	Roter Johannisbeerwein	Zur Bowle: Rheinpfälzer Weisswein	Original- Insel Samos
herb	ohne	sehr gute Qualität	sehr gute Qualität
1 Liter 50 Pt.	1 Liter 80 Pt.	1 Liter 1,10	1 Liter 1,00

Spezialität: Deutscher Weinbrand alte abgelagerte Qualität... 4,00 einsohl. Flasche

Konfitüren

Teegebäck	1/2 Pfund 55 Pt.
Borkenschokolade	1/2 Pfund 65 Pt.
Sandgebäck	1/2 Pfund 45 Pt.
Spezialmischung	1/2 Pfund 45 Pt.
Gebrannte Mandeln	1/2 Pfund 48 Pt.
Creme-Schokolade	4 Tafeln 85 Pt.
Vollmilch- oder Vollmild-Nuss-Schokolade	3 Tafeln à 100 g 95 Pt.
Bonbonmischung	1/2 Pfund 25 Pt.

Billige Seifen und Toiletteartikel

Regia-Toiletteseife verschied. parfümiert, Cellophan-Paket mit 3 grossen Badestücken	95 Pt.
Regia-Edeltannenseife gr. Badest. 50 Pt. à Stk. 1,40	
Köln-Wasser- oder Lavendel-Badeseife Karton mit 3 Stück	95 Pt.
Echte Palm- und Olivenöl-Seife 4 Stück	85 Pt.
Eucalyptus-Mundwasser stark konzentriert, Flasche 50 Pt. und 95 Pt.	
Kopfwasser Birka, Chypre, Portugal, Flieder usw.	1/2 Liter-Flasche 1,25

Käse

Camembert Halbmond	Stück 24 Pt.
Allg. Stangenkäse 30 %	Pfund 56 Pt.
Holländer 20 %	Pfund 72 Pt.
Edamer 20 %	Pfund 72 Pt.
Dänisch-Schweizer 20 %	Pfd. 92 Pt.
Edamer 40 %	Pfund 98 Pt.
Holländer 40 %	Pfund 95 Pt.
Tilsiter vollfett	Pfund 90 Pt.
Blockkäse Tilsiter Art, 20 %	Pfund 82 Pt.
Blockkäse Emmentaler Art, 20 %	Pfd. 1,15
Echter Emmentaler P.M.v.	1,18 an

Butter

Molkereibutter	Pfund 1,78
Grasbutter	Pfund 1,94
Margarine	Pfund 50, 62 Pt.
Kokosfett	Pfund 50 Pt.

Billige Seifen und Toiletteartikel

Blumen-Eau de Cologne sehr fein, Flasche	95 Pt.
Eau de Cologne und feine Modeparfüms in Taschenslakons	25, 50, 75 Pt.
Taschenverslüber versilbert, mit elegantem Dekor	Stück 50, 85, 95 Pt.
Zelluloid-Handspiegel	Stück 95 Pt. 1,90
Metall-Stehspiegel	Stück 85, 95 Pt.
Zelluloid-Kästen u. Schrankdeckel für Toiletteartikel	Stück 1,50, 1,95, 2,40

HERMANN TIETZ

Leipziger Str. * Alexanderplatz * Frankfurter Allee * Wilmersdorfer Str. * Belle-Alliance-Str. * Kottbuser Damm * Brunnenstr. * Andreasstr.



Die Badeanstalten Berlins.

Sozialdemokratischer Wahlsieg am 17. November bewirkt weiteren Ausbau.

Schwimmen und Baden sind Mittel, die die Gesundheit und die Kraft des arbeitenden Volkes erhalten und fördern. Wie hoch die Berliner Bevölkerung das Baden im Wasser, an Luft und Sonne für die Körperpflege einschätzt, zeigt der starke Besuch der freien Fluss- und Seebäder. Würden doch allein die städtischen Freibäder im Durchschnitt in einer Woche von mehr als 200 000 Menschen besucht. Insgesamt stehen der Berliner Bevölkerung 14 Freibäder zur Verfügung, davon sind 11 im städtischen Besitz. Auf Alt-Berlin entfällt davon nur eines, das im Wassersportplatz Plöhensee. Vier Flussbäder, die innerhalb der Mäntel gelegen waren, sind im Laufe der letzten Jahre wegen der zunehmenden Verunreinigung der Spree aufgehoben worden. Es verbleiben hier nur noch 4 Fluss- und Seebäder, darunter das alte „Studentenbad“ in der Rastborsstraße, das sich aber in Privatbesitz befindet. Uebrigens sucht die Stadt die Anstalten, die sie verpachtet hat, baldmöglichst in Eigenbetrieb zu übernehmen. Die Außenbezirke sind in bezug auf Badegelegenheit in offenen Anstalten naturgemäß viel besser gestellt. Außer den städtischen Freibädern sind hier noch 33 Fluss- und Seebäder vorhanden, davon 11 in städtischem Besitz. Der Bezirk Reinickendorf verfügt allein über 8 Frei-, Fluss- und Seebäder, Spandau hat deren 6 und Charlottenburg 5, Treptow und Köpenick je 6.

Seit 1925 sind 15 Kaltbadeanstalten hinzugekommen, 6 wurden geschlossen, so daß eine Zunahme von 9 verbleibt. Alt-Berlin hat gegenwärtig insgesamt also nur 5, die Außenbezirke 42 Fluss- und Seebäder. Durch die städtische Berliner Verkehrs-Aktiengesellschaft (BVG) sind Verbindungen nach den Badeplätzen wesentlich verbessert worden, so daß der Berliner relativ schnell und billig auch an die entferntesten Badeanstalten gelangen kann.

Ueber die

Besucherszahl der Flussbadeanstalten

liegen einwandfrei Zahlen nur von den in städtischem Eigenbetrieb befindlichen vor. Da andererseits der Besuch ganz wesentlich von der Temperatur abhängt, so lassen sich aus den so gewonnenen Zahlen kaum richtige Schlüsse ziehen. Wenn z. B. die Besucherszahl in den Kaltbadeanstalten im Jahre 1928 um rund dreiviertel Millionen geringer war, als 1927, so kann daraus sicherlich nicht der Schluss gezogen werden, daß das Badebedürfnis bei der Berliner Bevölkerung nachgelassen habe, sondern, der Rückgang in der Zahl der Freibadernden erklärt sich aus der ungünstigeren Witterung des vergangenen Jahres.

Die höchste Besucherszahl der Kaltbadeanstalten im Jahre 1928 wies bemerkenswerterweise nicht das Freibad Wannsee, sondern der Wassersportplatz Freibad Plöhensee auf. Die Besucherszahl betrug im Freibad

	Plöhensee	Wannsee
1926	850 000	704 000
1927	883 000	842 000
1928	741 000	684 000

Der Grund ist wohl darin zu sehen, daß das gut eingerichtete Freibad Plöhensee, dessen Schöpfung in der jetzigen Form ein verdienstvolles Werk des sozialdemokratischen Bürgermeisters Reid ist, inmitten der nördlichen volkreichen Stadtteile liegt. Es kann schnell und zum Teil ohne Aufwendung von Fahrkosten aufgesucht werden.

Die städtischen Warmbadeanstalten

sind in den letzten Jahren um einige neue modernster Art vermehrt worden. So wurde in Lichtenberg ein Hallenschwimmbad mit einem Kostenaufwand von 2 Millionen erbaut. Die alte unzureichende Badeanstalt in der Gartenstraße (Bezirk Mitte) ist geschlossen worden und wird jetzt erweitert. Nach dem Umbau, dessen Kosten auf 3½ Millionen Mark veranschlagt sind,

wird diese Anstalt das größte Schwimmbaden des Kontinents mit 1100 Quadratmeter Wasserfläche aufweisen.

Hier soll zum ersten Male der Grundsatz durchgeführt werden, Ankleide- und Nebenräume von den Schwimmhallen vollständig zu trennen. Insgesamt hat ganz Berlin 23 Warmbadeanstalten, davon 11 mit Schwimmhalle. Bei diesen letzteren hat im Juli d. J. das Stadtmitt für Leibesübungen eine Umfrage veranstaltet über die Zahl der Bäder, die im Höchstfalle täglich verabschiedet werden können. Das Ergebnis war das folgende: Im Laufe eines zehntägigen Betriebstages können 29 720 Schwimmbäder, mit den Wannen-, Brause- und Heißbädern zusammen insgesamt rund 52 000 Bäder gegeben werden. Die 12 kleineren Anstalten fallen wenig ins Gewicht. Von den städtischen Körperkulturen ist die weitere Vermehrung der städtischen Warmbadeanstalten und ihr Ausbau beabsichtigt. So sollen zunächst neue Badeanstalten in Schöneberg, Reinickendorf, Pantow und Prenzlauer Berg errichtet werden. Diese Anstalten sollen weniger als Spausüß- und Luxusbad gebaut werden, sie sollen vielmehr als „Zweckbadeanstalten“ als oberstes Gezielte die Zweckmäßigkeit haben. Die Baukosten werden demnach entsprechend geringer werden, sie sollen bei diesen nicht mehr als 800 000 bis 1,2 Millionen Mark betragen. Außer den städtischen bestehen in Berlin noch 61 private Anstalten, wovon 6 über 30, 2 über 40 Bannen zur Verfügung stellen können.

Vieles ist auch auf diesem Gebiete noch zu tun. Wie bei allen sozialen Forderungen sind auch hier die Rechtsparteien nur hemmend. Sie sehen in allen sozialen Einrichtungen der Stadt das Geistes der zunehmenden „Sozialisierung“. Wir aber müssen, Männer und Frauen, dafür sorgen, daß die Vertreter der großen Masse der wertvollen Bevölkerung Berlins, die Sozialdemokraten, nach dem 17. November so stark in das Stadtparlament einziehen, daß die von ihnen begonnene Arbeit fortgesetzt und weiter ausgebaut werden kann.

Hochhaus in der Bendlerstraße.

Zehn Stockwerke. — Baubeginn noch in diesem Jahre.

Von den zuständigen Behörden ist nunmehr die prinzipielle Genehmigung zur Errichtung des projektierten Hochhauses der Rhénania-Offlag in der Königin-Augusta-Ecke Bendler- und Regentenstraße erteilt worden, so daß mit dem Bau sofort nach Beendigung der im Gange befindlichen Abtragungsarbeiten noch in diesem Jahre begonnen werden kann. Auch die Häuser Bendlerstraße 25/26 werden bis zum 1. Oktober geräumt und sofort abgerissen.

Das neue Hochhaus, das nach dem Entwurf von Prof. F a h r e n l a m p errichtet wird, soll sich harmonisch dem architektonischen Gesamtbild des Tiergartenviertels anpassen. An der Ecke Bendler-Königin-Augusta-Straße wird es zehn Stockwerke erhalten, die dann stufenweise bis zur Regentenstraße auf fünf Stockwerke heruntergeführt werden. Der Haupteingang, der besonders architektonisch und künstlerisch ausgearbeitet wird, kommt in die Ecke an der Bendlerstraße. Die gesamte Länge der drei Straßenfronten beträgt 200 Meter, der Umfang der zu bebauenden Fläche 4000 Quadratmeter. Das Haus ist ein moderner Eisenblechbau, der Natursteinverkleidung erhält. Das Gebäude, das lediglich Büro-zwecken dienen soll, wird mit den modernsten technischen Einrichtungen wie automatische Aufzugsanlagen, gewaschener Luft usw. ausgestattet. In dem geräumigen Hof ist eine große Garage und eine Tankanlage vorgesehen, während auf dem Dach ein Garten für die Angestellten geplant ist. Man rechnet mit einer Bauzeit von 1½ Jahren.

370 Millionen Berliner Sparkassengelder.

Die Sparkasse der Stadt Berlin hat im August 1929 einen Spareinlagenzugang von 6 328 376 M. aufzuweisen. Damit haben sich die Spareinlagen auf 370 Millionen Reichsmark erhöht. Die Zahl der Sparkonten ist im Berichtsmonat um 13 136 auf 743 621 gestiegen.

Bei der Berliner Stadtbank-Birozentrale der Stadt Berlin betragen die Kreditoren nach der Monatsbilanz für den 31. August dieses Jahres 199 429 211 M. Im Spargiroverkehr (kommunalen Giroverkehr) wurden im Berichtsmonat 103 418 Posten mit 273 435 026 M. im Eingang und 59 331 Posten mit 242 236 502 M. im Ausgang ausgeführt.

Vollständiges Vokalsonett. Die Volkshilfsämter Prenzlauer Berg- und Friedrichshagen veranlassen am 2. Oktober im Saalbau Friedrichshagen, am Friedrichshagen 16/23, ihr diesjähriges 1. Vokalsonett. Es wirken mit: Kapellmeister Georg Oskar Schumann, das „Berliner Eintracht-Orchester“, der „Vokalchor“ und der „Gemischte Chor Groß-Berlin“. Eintritt 1.—M. für Mitglieder der Kulturgemeinschaft —75 R. und für Schüler —50 R.

Die Wahlvorbereitungen.

Auslegung der Wählerlisten.

Der Magistrat hat in seiner Sitzung vom 18. September nach § 7 Ziffer 2 der Wahlordnung zur einheitlichen Leistung der Vorbereitung und Durchführung der am 17. November stattfindenden Wahlen der Stadtverordneten und Bezirksverordneten in Berlin zum Stadtwahlleiter Stadtrat Dr. Richter, zu seinem Stellvertreter Stadtrat Genossen Czerninski ernannt. Die Wählerlisten liegen vom 12. bis 25. Oktober aus.

Nach § 14 Ziffer 1 der Wahlordnung wird bestimmt: Die Wählerlisten sind in sämtlichen Verwaltungsbezirken 14 Tage lang, und zwar vom 12. bis einschließlich 25. Oktober, an den Wochentagen von 12 bis 19 Uhr, an den Sonntagen von 10 bis 17 Uhr zu jedermanns Einsicht öffentlich auszulegen.

Wir sorgen für Mietsenkung.

3. Kreis. — Wedding.

In der letzten Bezirksversammlung des Bezirks Wedding fand die Beratung des Haushaltsplans auf der Tagesordnung, der eine Ausgabe von 3 335 410 M. vorsieht. Der Kammerer wies darauf hin, daß der Bezirk für das Wohlfahrtswesen fast 17 Millionen, für das Gesundheitswesen 5½ Millionen ausgeben muß. Genosse Hennicke, der Fraktionsredner der Sozialdemokraten, wies darauf hin, daß die Wohnungsnot die besondere Aufmerksamkeit seiner Partei fände. Am 31. März 1929 waren 16 940 Wohnungsuchende im Bezirk Wedding eingetragen; in der Zeit von 1926 bis 1. Mai 1929 konnten aber noch nicht 4000 Wohnungen neu erbaut werden und die Mieten in diesen Wohnungen sind für die arbeitende Bevölkerung bei weitem zu hoch. Die SPD. brachte deshalb folgenden Antrag ein:

In der Erwägung, daß die Mieten der Neubaumwohnungen für weite Kreise der Bevölkerung nicht tragbar sind, hält die Bezirksversammlung eine Senkung der Mieten aus allgemeinen Mitteln für dringend notwendig.

Die Versammlung beschließt deshalb, das Bezirksamt zu ersuchen, sofort beim Magistrat dafür einzutreten, daß Mittel für Mietsenkungen in größerem Umfange in den Haushaltsplan eingeseht werden.

Die gedankenlose Arbeit der SPD. charakterisierte Genosse Hennicke beim Kapitel Stadtbüchereien und Lesehallen. Beim Kapitel Kleingartenwesen stellte die sozialdemokratische Fraktion folgenden Antrag:

„Das Bezirksamt wird ersucht, in Zukunft bei Zuteilung von Parzellen an Kolonisten in Dauerkleingärten insbesondere Familien mit schlechten gesundheitlichen Wohnungen sowie Kinderreiche und gesundheitsgefährdete Personen zu berücksichtigen.“

Die Sozialdemokratische Partei ist der Ansicht, daß der Dauerkleingärten einen Erfolg für die ungenügende Wohnung darstellen soll; darum mußte sie dem kommunistischen Antrag, welcher forderte, daß nur Kolonisten berücksichtigt werden dürfen, die anderweitig eine Parzelle aufgeben mußten, ihre Zustimmung versagen. Bei der Begründung eines kommunistischen Antrages über das Unterstufenswesen, dessen Durchführung 250 Millionen Mark kosten würde, weigerte sich der kommunistische Redner, sich der Geschäftsordnung zu fügen. Deswegen mußte die Sitzung vorzeitig geschlossen werden.

Kommunisten bekommen Wutanfälle.

16. Bezirk — Köpenick.

Die Bezirksverordnetenversammlung am 18. d. M. als erste nach den Ferien hatte als Hauptpunkt die Verabschiedung der Bedarfsnachweisung für 1930 zu tätigen. Der Bürgermeister Gen. Kohl nahm in einstündiger Rede Veranlassung, auf die Arbeiten im Bezirk eingehend hinzuweisen und dessen Erfordernisse zu begründen. Die debattierlose Kenntnisnahme des Berichtes durch die Mehrheit der Versammlung brachte die Kommunisten derartig in Wut, daß sie durch endlose Geschäftsordnungsdebatten, gewürzt durch wüste Schimpereien, Anpöbelungen, Beleidigungen und hysterisches Kreischen, die Sitzung zu sprengen versuchten. Der Vorsteher, Gen. Wolf, war gezwungen, die Sitzung auf kurze Zeit zu versetzen. Nach Wiedereröffnung begründete Gen. Rhode als Vorsitzender des Staatsausschusses eingehend die Vorlage. Wieder versuchten die kommunistischen Kräfte die Weiterberatung zu verhindern, so daß von der Mehrheit der Antrag gestellt wurde, die Vorlage en bloc unter Ablehnung aller gestellten Anträge anzunehmen. Unter wütendem Geheul und Getöse der kommunistischen Reute nahm die Versammlung unter energischem Eingreifen des Vorstehers die Vorlage nach Antrag an und vertagte die Beratung der weiteren Tagesordnungspunkte auf Freitag, den 20. d. M. Schon bei Beginn der Sitzung hatten die Kräfte durch endlose Geschäftsordnungsdebatten die Versammlung zu stören und zu provozieren gesucht. Keine Vertreter von Volksinteressen!

Neue U-Bahn-Strecken!

Im Laufe dieses Jahres werden folgende Verlängerungsstrecken der U-Bahn in Betrieb genommen: 1. Die 3 Kilometer lange Strecke Thielplatz—Altenstraße mit den neuen Bahnhöfen Oskar-Helene-Heim, Fischtal und Altenstraße; 2. Die Strecke Stadion—Kuhleben mit einer Länge von 1200 Meter und 3. Die Strecke Tempelhof—Südring mit einer Länge von 940 Meter.

Die Strecke nach Kuhleben wird zum Teil als Oberflächenbahn über einen eigenen Bahnkörper geleitet. Die Inbetriebnahme der neuen Strecken wird teilweise im November bzw. Dezember erfolgen.

Renovation des Autoanrufes.

Der Magistrat hat in seiner Sitzung vom 18. September beschlossen, die selbstschuldnerische Bürgschaft der Stadt für ein Darlehen der Commerz- und Privatbank an die Arbeitsgemeinschaft Berliner Kraftfahrerschlepperverbände in Höhe von 150 000 M. zu übernehmen. Gleichzeitig soll die Weiterbenutzung der städtischen Straßen und Plätze für Zwecke des Autoanrufs freigegeben werden.

Das Jugendwerk der Kommune.

Erfolge der Berliner Sozialdemokratie.

Jugendheime sind die wichtigsten Stützpunkte jeder Jugendpflegerischen Tätigkeit, die in irgendeiner Form von Jugendvereinen und Erwachsenenvereinen geleistet wird. Das Elternhaus mit seinen tugen und einseitigen Lebensformen — meist so gestaltet durch schlechte soziale Verhältnisse — bietet keine abwechslungsreichen Freizeitergebnisse für junge Menschenheimsucht.

Großes für die jeweils heranwachsende Generation hat in dieser Hinsicht im Verlauf von drei Jahrzehnten die Jugendbewegung geleistet. Sie hat den Jugendlichen wirtschaftlichen und seelischen Halt vermittelt und ihrem Leben einen Inhalt gegeben. Jede Jugendbildungsarbeit ist undenkbar ohne die Jugendgruppe. Aber das wichtigste Problem ist dabei die Raumfrage. In Jahrzehnten ihrer Arbeit war die Jugend in der Raumfrage immer noch abhängig vom Elternhaus oder insbesondere vom Wirtshaus. Erst in den letzten Jahren hat sich die Situation bedeutend gebessert. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften nahmen sich der Jugend an und schufen Heime und Unterstufensstätten. Im neuen Staat tragen auch Schulverwaltungen und Gemeinden dem vorhandenen Mangel Rechnung. Schulräume werden in vielfacher Zahl für die Zusammenkünfte der Jugend zur Verfügung gestellt. Aber auch hier kann sich Jugend nicht ohne weiteres heimlich fühlen, denn solche Schulräume rufen leider noch allzu oft unangenehme Erinnerungen an traurige Jugendtage wach. Jugendheime dienen nicht nur dem Zweck, die Jugend vom Schundkino, vom Wirtshaus, vom Tanzboden und vom Schmutz der Straße fortzuführen. In Jugendheimen läßt sich am trefflichsten unbefangene Geselligkeit treiben, hier gestalten sich am besten in der gemeinsamen Arbeit an der eigenen Fortbildung Jugendgemeinschaften. Die persönlichen Wünsche wachsen zum Gleichstrom gemeinsamen Strebens.

So würde die Schaffung von guten Jugendheimen eines der wichtigsten Betätigungsfelder kommunaler Jugendpflegeorgane. Und gerade die Bezirke unter sozialdemokratischer Leitung, so zum Beispiel die Bezirke Wedding, Prenzlauer Berg, Friedrichshagen, Kreuzberg, Neukölln, Treptow, Lichtenberg, Köpenick, Weihensee haben auch hier vorbildliche Arbeit geleistet. Im Bezirk Friedrichshagen bestehen jetzt allein sechs schöne Heime, zum Teil mit Lichtbildvorführungseinrichtungen und mit großen Bibliotheken versehen. Das Jugendwerk immer mehr zu fördern und auszubauen, wird nach wie vor höchste Aufgabe der Berliner Sozialdemokratie sein. Schafft überall in den Bezirken und insbesondere in der Stadtverordnetenversammlung sozialdemokratische Mehrheiten und es wird auch auf diesem wichtigen Gebiet kommunaler Arbeit wieder vorwärts gehen!

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastiansstr. 47/48, 2. Etz.
Sonntag, 22. September, 15 Uhr. Endspiele des 1. allgemeinen Reichsbanner-Tennisturniers auf dem Tennisspielfeld Hebbeler, Wilmanns-Str. 1. Außerdem beginnen um 14 Uhr ebenfalls im Tennisclub Hebbeler die Handballspiele u. a. Berlin gegen Potsdam, 14 Uhr; Trossowitz gegen Neufahrn, 15 1/2 Uhr; Prenzlauer Berg II gegen Schöneberg, 15 1/2 Uhr; Prenzlauer Berg I gegen Köpenick. Zahlreicher Besuch erwünscht. — **Freitag, 20. September.** Mitte: 19 Uhr trifft sich das Jungbanner Röllchen Fort Ede Kumpferstr. 11. 20 Uhr trifft sich das Jungbanner Röllchen Fort Ede Kumpferstr. 11. 21 Uhr trifft sich das Jungbanner Röllchen Fort Ede Kumpferstr. 11. 22 Uhr trifft sich das Jungbanner Röllchen Fort Ede Kumpferstr. 11. 23 Uhr trifft sich das Jungbanner Röllchen Fort Ede Kumpferstr. 11. 24 Uhr trifft sich das Jungbanner Röllchen Fort Ede Kumpferstr. 11. 25 Uhr trifft sich das Jungbanner Röllchen Fort Ede Kumpferstr. 11. 26 Uhr trifft sich das Jungbanner Röllchen Fort Ede Kumpferstr. 11. 27 Uhr trifft sich das Jungbanner Röllchen Fort Ede Kumpferstr. 11. 28 Uhr trifft sich das Jungbanner Röllchen Fort Ede Kumpferstr. 11. 29 Uhr trifft sich das Jungbanner Röllchen Fort Ede Kumpferstr. 11. 30 Uhr trifft sich das Jungbanner Röllchen Fort Ede Kumpferstr. 11.

Sozialistische Arbeiterjugend Gr. Berlin
Einladungen für diese Nacht nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Abteilungsleiter: Karten vom Reiches-Verlag, Placette und Tafeln müssen umgehend abgegeben werden. Es ist darauf zu achten, dass die Karten rechtzeitig und vollständig bei dem Sekretariat ankommen, umgehend zurückzugeben.

Abteilung: Karten vom Reiches-Verlag, Placette und Tafeln müssen umgehend abgegeben werden. Es ist darauf zu achten, dass die Karten rechtzeitig und vollständig bei dem Sekretariat ankommen, umgehend zurückzugeben.

Abteilung: Karten vom Reiches-Verlag, Placette und Tafeln müssen umgehend abgegeben werden. Es ist darauf zu achten, dass die Karten rechtzeitig und vollständig bei dem Sekretariat ankommen, umgehend zurückzugeben.

Abteilung: Karten vom Reiches-Verlag, Placette und Tafeln müssen umgehend abgegeben werden. Es ist darauf zu achten, dass die Karten rechtzeitig und vollständig bei dem Sekretariat ankommen, umgehend zurückzugeben.

Abteilung: Karten vom Reiches-Verlag, Placette und Tafeln müssen umgehend abgegeben werden. Es ist darauf zu achten, dass die Karten rechtzeitig und vollständig bei dem Sekretariat ankommen, umgehend zurückzugeben.

Abteilung: Karten vom Reiches-Verlag, Placette und Tafeln müssen umgehend abgegeben werden. Es ist darauf zu achten, dass die Karten rechtzeitig und vollständig bei dem Sekretariat ankommen, umgehend zurückzugeben.

Abteilung: Karten vom Reiches-Verlag, Placette und Tafeln müssen umgehend abgegeben werden. Es ist darauf zu achten, dass die Karten rechtzeitig und vollständig bei dem Sekretariat ankommen, umgehend zurückzugeben.

Abteilung: Karten vom Reiches-Verlag, Placette und Tafeln müssen umgehend abgegeben werden. Es ist darauf zu achten, dass die Karten rechtzeitig und vollständig bei dem Sekretariat ankommen, umgehend zurückzugeben.

Grammophon Kurz-Opern sind das Neueste

Gramola Musik-Instrumente sind unerreicht!

10.000.- M. Preisausschreiben für jedermann
Bedingungen im Septemberheft der illustrierten Monatsschrift „Die Stimme seines Herrn“ mit der Sonderbeilage: „Klassische und moderne Orchester-Werke“. Dieses Heft ist zu haben in allen offiziellen Verkaufsstellen, kenntlich durch nebenstehende Schutzmarken.

DEUTSCHE GRAMMOPHON-AKTIEGESELLSCHAFT

G. m. BERLIN - Friedrichstr. 189 - Kurfürstendamm 24
b. H. Steglitz, Schloßstr. 25



Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, 20. 9.
Staats-Oper Unter d. Linden A.-V. 196 20 Uhr
André Chenier

Freitag, 20. 9.
Städt. Oper Bismarckstr. Turnus IV 19 Uhr
Tristan u. Isolde

Staats-Oper am Plä. Republ.
Vorst. 49 20 Uhr
Cardillac

Städt. Schauspiel am Gendarmenmarkt
A.-V. 174 20 Uhr
Erdegeist

Städt. Schiller-Theater, Charlth.
20 Uhr
2 x 2 = 5

Winter Garten
8 Uhr - Zentr. 2010 - Rauchen erlaubt
Damen Dile und weitere Variété-Neuheiten
Sonnabend u. Sonntag je 2 Vorstellungen
12 und 8 Uhr. 3^{te} kleine Preise.

CASINO-THEATER
Lothringergasse 37.
Täglich 8 1/2 Uhr
Der neue Eröffnungs-Schlager
Wem gehört mein Mann!
Dazu ein erstkl. bunter Teil.
Für unsere Leser: Gutschein für 1-4 Personen
Paarpreis nur 1,25 M., Sessel 1,75 M., Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0,80 M.

SCALA
Tägl. 2 Vorstell. 5 und 8 1/2 Uhr
Bismarckstr. 224
Besondere kleine Preise:
Wochentags 5 Uhr 50 Pf., bis 3 Uhr
Tägl. 8 1/2 u. Sonnt. 8 Uhr 1 bis 8 Uhr
Original - Kastell usw.

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
tägl. 8 Uhr



3 Musketiere
Regie: ERIK CHARELL
Gesamt-Ausstattung: Prof. Ernst Storz.

PLAZA
Tägl. 5 u. 8 1/2
Sonnt. 2, 5 u. 8 1/2
Alex. E. 4. 8066
INTERNAT. VARIÉTÉ

Rose-Theater, Große Frankfurter Str. 133.
Bestellkassa: Alexander 3422
Täglich 8.15 Uhr
Die Weber
Schauspiel in 5 Akten von Gerhart Hauptmann
Regie: Paul Rose
Jeden Sonnabend 5.00 Uhr und jeden Sonntag 2.30 Uhr
Schneewittchen
Gr. Ausstattungsmärchen

Reichshallen-Theater
Abends 8 Sonntag nachm. 3
Das Fest-Programm der
Stettiner Sänger
nur noch bis 30. September.
Nachmittags halbe Preise.
Billenbest. Zentrum 112 63
Dönhoff-Br. 11
Variété - Tanz
Falkner-Orchester.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
Täglich 8 Uhr
Dantons Tod
v. Georg Büchner
Regie: Karl Heinz Martin

Städt. Schiller-Th.
8 Uhr
2 x 2 = 5
Singsänger am Platz der Republik 8 Uhr
Cardillac
Piscator-Bühne 8 1/2 Uhr
Der Kaufmann von Berlin

Vorverkauf auch im Pavillon der Reinhardt-Bühnen, Kurfürstendamm, Ecke Uhlandstraße Bismarck 448/449
Deutsches Theater
D. L. Norden 12 310 8 U., Ende gegen 11
Die Fledermans
Musik v. Joh. Strauß
Regie: Max Reinhardt, Dirigent E. W. Korngold, Ausstattung, L. Kainer

Kammerspiele
D. L. Norden 12 310 8 U., Ende gegen 10 1/2
Der
Unwiderstehliche
Komödie von Géraldy und Spitzer
Regie: Gustaf Gründgens

Die Komödie
J 1 Bismarckstr. 2414/7516 8 1/2 Uhr
Ende geg. 10 1/2 Uhr
Kolportage
Komödie von Georg Kaiser
Regie: Erich Engel

Metropol-Th.
Tägl. 8 1/2 Uhr
Marietta
Musik v. Oscar Straus
Käthe Dorsch
Michael Bohnen
Wo spottet man gut und billig?
Nur
Gross-Berlin
Alexanderplatz

Der große deutsche Sensationsfilm
Die Todesfahrt im Weltrekord
Regie: Curt Blachnitzky In den Hauptrollen:
Claire Rommer Salto King
Bernh. Goetzke, Gerhard Dammann
Valery Boothby, Carl Auen
Uraufführung ab heute
Colosseum
Schönhauser Allee 123
Auf der Bühne:
Die große spanische Revue
MAYA AFGAR
vom Kgl. Opernhaus Barcelona in ihren orig. spanischen Gesängen und Tänzen
Anfangszeit: Freitag 6³⁰, Sonnabend 5³⁰, Sonntag 4⁰⁰

Sprachbuch gratis
beitr. „Die psychotechnische Sprachmethode“ (431. Auflage). Es wird an Hand von Beispielen gezeigt, wie der Vokabelschatz einer fremden Sprache ohne Auswendiglernen erworben u. das Studium d. Grammatik durch Psycho-Automatisierung ersetzt werden kann. Wer schnell u. mühelos in vollendeter Geläufigkeit Englisch, Französisch usw. meistern möchte, erhält das aktuelle und lehrreiche Buch umsonst und porto-frei übersandt vom Verlag für zeitgem. Sprachmethodik, München A 12, Bavariaring 10. Es genügt Angabe von Adresse und der Sprache, für die man sich in erster Linie interessiert.

Barnowsky - Bühnen
Theater in der Königsplatz Straße 8 1/2 Uhr
Hannibal ante portas
Komödienhaus Täglich 8 1/2 Uhr
Scribbys Suppen sind die besten
Lustspiel von Julius Berstl

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeigen
Den Mitgliedern zur Richtschnur, daß unter Kollege, der Schloffer
Friedrich Baltzer
geb. 29. März 1888, am 18. September gestorben ist.
Die Einäscherung findet am Sonnabend, dem 21. September, 19 1/2 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg statt.
Am 17. September fand unser Kollege, der Schmiedemeister
Franz Stachowitz
geb. 9. März 1887,
Die Einäscherung findet am Montag, dem 22. September, 17 Uhr, im Krematorium Gertrudenstraße statt.
Ohne Herrn Wundenfelts Regie Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.



Bäumchen, Bäumchen rüttle dich
Wirf schöne Kleider über mich
Ne Schachtel „Lebewohl“ dazu
Dann hat mein Hühnerauge Ruh.
*) Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Ärzten empfohlene Hühnerauge - Lebewohl und Lebewohl-Ballenchen, Bleichzose (8 Pfaster) 75 Pf., Lebewohl-Fußbad gegen empfindliche Füße und Fußschweiß, Schachtel (2 Bäder) 50 Pf., erhältlich in Apotheken und Drogerien. Wenn Sie keine Enttäuschungen erleben wollen, verlangen Sie ausdrücklich das echte Lebewohl in Blechdosen und weisen andere, angeblich „ebenso gute“ Mittel zurück.

Jeden Sonntag 11 30!
TELEFUNKEN-MATINEE im GROSSEN SCHAUSPIELHAUS
3. Matinee am 22. September **TRUDE LIESKE :: PAUL GRAETZ**
FRED BIRD-ORCHESTER
Vorverkauf Bote & Bock, Wertheim und Großes Schauspielhaus
EINTRITTSKARTEN VON 0,50 BIS 1,50 RM.

